

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

5,- Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserbenediktstrasse 305/3, 1110 Wien, MZ 142040222 M, Nr. 09/2019



JOSEF BAUER (BELVEDERE)

Widerspruch:
You'll never walk alone
Barbara Blaha

Nicht soziale Mobilität, sondern soziale Gerechtigkeit!
Angela Rayner

Die Partei der kleinen Leute
Wolfgang Moitzi

Ein sozialdemokratischer Kapitalismus
Thomas Nowotny

EDITORIAL

Das Wahlergebnis vom 29.9. hat die sozialdemokratische Bewegung trotz der anhaltend schlechten Umfragewerte der letzten Monate hart getroffen. Es hat viele Frage wieder aufs Tapet gebracht, mit denen sich die Sozialdemokratie in Österreich (und wohl auch im Rest Europas) schon seit mehr als einem Jahrzehnt beschäftigen sollte. Diese Debatte zu beginnen, fällt vielen sichtlich schwer. Aber sie wird in Gang kommen müssen und sie wird konkreter Schlussfolgerungen bedürfen. In der ZUKUNFT greifen in dieser Ausgabe gleich mehrere Beiträge – teilweise noch aus einer Vorwahlperspektive – einige dieser Fragen auf. In der in kurzer Folge erscheinenden ZUKUNFT 10/2019 werden hochrangige VertreterInnen aus dem Parteipräsidium und engagierte BasisvertreterInnen in die konkrete Diskussion einsteigen, wie es in der SPÖ weitergehen soll.

Dabei lohnt auch der Blick in andere europäische Länder. Während diese Ausgabe ihren Fokus auf Labours ambitioniertes Programm einer grundlegenden Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft inmitten der Brexit-Wirren legt, werden wir in ZUKUNFT 11 und 12/21019 auch einen Blick nach Portugal, Spanien und Dänemark richten.

Am Beginn dieser Ausgabe steht ein Diskussionsbeitrag von **Barbara Blaha** über den Wert von **Widerspruch** in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft.

Wolfgang Moitzi skizziert Ausgangsbedingungen und **Strategie der steirischen SPÖ** für die bevorstehenden **Landtagswahlen**.

In der **britischen Brexit-Achterbahn** drohen auch aufmerksame politische BeobachterInnen den Überblick zu verlieren. **Ludwig Dvořák** analysiert die Ereignisse der letzten Monate, die schließlich zur neuerlichen Brexit-Verschiebung und Neuwahlen geführt haben.

Trotz dieser Brexit-Wirren hat **Labour** beim **Parteitag** Ende September Pläne zur grundlegenden **Transformation der britischen Gesellschaft** vorgelegt. Schatten-Bildungsministerin **Angela Rayner** sieht **soziale Gerechtigkeit statt sozialer Mobilität** als neuen Schlüsselbegriff sozialdemokratischer Bildungspolitik.

Schatten-Schatzkanzler John McDonnell zeigte hingegen auf, wie **der Umbau wirtschaftlicher Entscheidungsmacht** und der Arbeitsverhältnisse gepaart mit einem riesigen Investitionspaket für eine „**Grüne Industrielle Revolution**“ das politische Pendel nach der langen Ära des Thatcherismus wieder in die Gegenrichtung ausschlagen lassen soll.

Wolfgang Edelmüller wirft in seinem Beitrag eine **Fülle struktureller und politischer Fragen** zur **Parteireform** auf, die in den konkreten Beiträgen einiger von ihm Angesprochener in Ausgabe 10/20019 Antworten finden werden.

Thomas Nowotny argumentiert schließlich, warum ein „**sozialdemokratischer Kapitalismus**“ der Wirtschaft besser tut als der Neoliberalismus.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

IN DER NÄCHSTEN AUSGABE

ZUKUNFT

DISKUSSION DER SOZIALDEMOKRATIE:

**WORIN LIEGEN DIE URSACHEN FÜR DAS WAHLERGEBNIS VOM 29.9.?
UND WIE SOLL DIE SPÖ JETZT WEITERMACHEN?**

MIT DEBATTENBEITRÄGEN VON

CHRISTIAN DEUTSCH
BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER DER SPÖ

GEORG DORNAUER
LANDESPARTEIVORSITZENDER DER SPÖ TIROL

MICHAEL EISENRIEGLER
SOCIAL-MEDIA-EXPERTE

JULIA HERR
VORSITZENDE DER SOZIALISTISCHEN JUGEND

MAX LERCHER
REGIONALVORSITZENDER DER SPÖ
OBERSTEIERMARK-WEST

EVA MALTSCHNIG
VORSITZENDE DER SEKTION 8 IN DER SPÖ
ALSERGRUND

IRINI TZAFERIS
MITINITIATORIN DER BASISINITIATIVE
"MACHEN WIR WAS"

Inhalt



JOSEF BAUER
Demonstration
5. September 2019 bis 12. Jänner 2020
Belvedere 21
Arsenalstraße 1, 1030 Wien
Öffnungszeiten:
Mi bis So 11–18 Uhr
Mi und Fr bis 21 Uhr
(gilt auch an Feiertagen)

JOSEF BAUER, „FOTO MIT PINSELSTRICH“, 2013
Farbfoto mit Acryl-Pinselstrich, Reprofotografie: Johannes Stoll /
Belvedere, Wien. Courtesy Josef Bauer; Krobath, Wien; Galerie Karin
Guenther, Hamburg

6 **Widerspruch: You'll never walk alone**

VON BARBARA BLAHA

12 **Die Partei der kleinen Leute**

VON WOLFGANG MOITZI

SCHWERPUNKT:

„GB: TRANSFORMATION TROTZ BREXIT?“

16 **Und täglich grüßt das Murmeltier**

VON LUDWIG DVOŘÁK

24 **Nicht soziale Mobilität, sondern soziale Gerechtigkeit!**

VON ANGELA RAYNER

28 **„So haben wir das gemacht!“**

VON JOHN MCDONNELL

34 **Das Konzept der medianen Wirtschafts- und Sozialpolitik**

VON WOLFGANG EDELMÜLLER

42 **Ein sozialdemokratischer Kapitalismus**

VON THOMAS NOWOTNY

Widerspruch: You'll never walk alone

Seit 2008 lädt Momentum alljährlich nach Hallstatt, um an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik über den sozialen Fortschritt nachzudenken. 2019 war „Widerspruch“ das Leitthema des Kongresses und dominierte auch die Eröffnungsrede von **Barbara Blaha**, die sie der ZUKUNFT zur Verfügung gestellt hat.

Aufwiegler, Beckmesser, Quertreiberin, Miesmacher, Nörgelerin, Raunzer, Streithammel, Querulantin... Die deutsche Sprache kennt viele Bezeichnungen für Menschen, die widersprechen. Und die wenigsten davon sind schmeichelhaft.

Was ist das für eine Kultur, die Widerspruch allenfalls als Vorrecht der Jugend wertschätzt? Abweichende Haltungen also gewissermaßen eine temporäre Haltung, die sich im Rahmen einer „normalen“ Sozialisation mit den Jahren hoffentlich abschleift?

Und die Menschen rundherum, die schleifen kräftig mit ab. Auch dafür stehen in unserem Sprachschatz eine Reihe prägnanter Redewendungen parat: jemanden „zusammenfalten“, „kleinkriegen“ bzw. „auf Pass schnitzen“, nicht zu vergessen das schöne „Dich werma auch noch katholisch machen!“

In den USA begeistert man sich zwar an der Figur des Maverick, des zähen Einzelgängers, der die Einsamkeit dem Untergehen im Konsens vorzieht. Andererseits funktioniert das plumpe, vulgäre Vom-Tisch-Wischen von Widersprüchen durch die derzeitige Administration Trump so klaglos, dass zumindest hinterfragt werden muss, ob autoritäre Tendenzen sich auf eine Weltgegend beschränken.

Wenn uns kulturelle Traditionslinien der gesellschaftlichen Verarbeitung von Widersprüchen nicht näherbringen, sollten wir uns vielleicht stärker Ansätzen aus der Verhaltensforschung

zuwenden. Die Evolutionsbiologie hat versucht, die harsche Ablehnung zu erklären, auf die Widerspruch in Gruppen häufig stößt. Herdentiere wie der Sapiens könnten eben nur ein gewisses Maß an abweichender Haltung tolerieren.

ORIENTIERUNG AN DER MEHRHEITSMEINUNG

Wir orientieren unsere Meinung an der Mehrheitsmeinung, selbst wenn diese nicht unserer eigenen entspricht: Wer weiß, vielleicht weiß die Gruppe mehr als ich selbst? Der Wunsch dazuzugehören sitzt so tief, dass schon Vierjährige wider besseren Wissens eine Frage falsch beantworten, wenn ausreichend Kinder vor ihnen ebenfalls die falsche Antwort gegeben haben – und diese Kinder ihnen zuschauen. Unbeobachtet geben sie durchaus wieder die richtige Antwort.

Die Tendenz zur Harmonisierung, zur Einebnung der Widersprüche, zum Mitschwimmen, also eine menschliche Konstante?

Unabhängig davon, wie man sich die Art des Umgangs mit Widerspruch in unserer Gesellschaft erklärt, lässt sich für die Industrie- bzw. Postindustriegesellschaften zumindest feststellen, dass Widerspruch meist erst im Nachhinein populär wird.

WIDERSPRUCH ALS AUSSENSEITERINNEN-PHÄNOMEN?

So wissen wir aus einer Vielzahl von Quellen, dass es bevorzugt die Sonderlinge und sozialen Randexistenzen waren,

die der ns-Propaganda im Alltag widersprochen haben. Zwei Generationen später sind die Querulantinnen und Querulanten von damals geachtete WiderständlerInnen.

Die Vehemenz, mit der diese wenigen einst verfolgt wurden, ist aber wohl nicht nur auf eine entfesselte Terrorbürokratie zurück zu führen – sondern auch auf eine Sorge, der versprengte Widerspruch könnte ansteckend wirken. Dass Widerspruch um sich greifen kann, dass also der Flügelschlag eines Schmetterlings buchstäblich einen Orkan auslösen kann, dafür hält die Geschichte zahlreiche Beispiele bereit, vom arabischen Frühling bis zum Sturm auf die Bastille.

Von den sozialpsychologischen Aspekten des Widerspruchs nun zu den Gründen, weshalb wir das diesjährige Konferenzmotto gewählt haben.

WIDERSPRUCH UND WISSENSCHAFT

Zunächst, weil wir Widerspruch als wissenschaftliche, als erkenntnistheoretische Kategorie spannend finden. Die Diskussion als notwendiger Teil wissenschaftlichen Austausches ist nicht zufällig von so großer Bedeutung. Das Abwägen von These und Antithese ist allgemein akzeptiert, um die Plausibilität von Argumentationen zu prüfen. Der systematische Zweifel ist mit dem modernen wissenschaftlichen Denken untrennbar verbunden.

Zugleich ist da aber das Problem, dass viele Antworten und Ergebnisse unserer Arbeit uneindeutig, eben: widersprüchlich sind. Wie damit umgehen? Widersprüche sichtbar machen? Sie übergehen? Oder sie dialektisch versöhnen?

Hinzu kommt, dass auch die Wissenschaft sich fragen muss, ab wann Widerspruch von einem konstruktiven Instrument der vorläufigen Wahrheitsfindung zur gezielten Desinformation wird, zu einem rein destruktiven Element also. Stichwort „kritische Klimaforschung“. Wo sind die Grenzen des Konstruktiven, des Hilfreichen oder zumindest Akzeptablen? Und ab wann wird Widerspruch zur intellektuellen Nebelgranate?

Wenn der heurige Kongress unter dem Motto „Widerspruch“ steht, dann aber auch als Verneinung vor der Debatte als wichtigster demokratischer Disziplin. Es ist die diskursive Reibung, die Neues hervorbringt – hingegen ist es das stereotype „nur net streiten“, das zur Erstarrung führt. Bestimmte politische Bewegungen könnten ein Lied davon singen, wenn dort noch jemandem nach Singen wäre.

WIDERSPRUCH UND POLITIK

Aber zu widersprechen ist ein undankbares Geschäft, das Mut, Festigkeit und Zähigkeit verlangt. Widerspruch braucht Vorbilder.

Vorbilder wie Muhammad Ali, der als amtierender Boxweltmeister keine Angst zu haben brauchte, seinen Wehrdienst in der vordersten Linie ableisten zu müssen und der dennoch das Ende seiner Sportlerkarriere und Gefängnis in Kauf nahm, als er sich weigerte, in der Army zu dienen. Sein Widerspruch inspirierte Generationen über Grenzen hinweg, ich habe ihn vierzig Jahre später sogar auf einer Hausmauer in einem griechischen Bergdorf entdeckt: „No Vietcong ever called me Nigger!“. Manche Widersprüche verdienen eine besondere Würdigung, so auch dieser:

„Mein Gewissen verbietet mir für das mächtige Amerika auf meinen Bruder zu schießen, auf Menschen mit dunklerer Hautfarbe, oder auf arme, hungrige Menschen, die im Schmutz leben müssen. Weshalb sollte ich denn auf die schießen? Die haben mich nie „Nigger“ genannt, sie haben mich nie gelyncht, sie haben nie Hunde auf mich gehetzt, mich nie meiner Heimat beraubt, nie meine Mutter vergewaltigt und meinen Vater getötet. Weshalb sollte ich auf die schießen? Steckt mich ruhig ins Gefängnis dafür!“

Die amerikanische Propaganda der 1960er hat bewusst gelogen, als sie behauptete man kämpfe mit der vietnamesischen Bevölkerung für deren Freiheit. Nicht minder verlogen ist die aktuelle europäische Position in der Asylfrage. Es gibt keine Möglichkeit, außerhalb der europäischen Grenzen Asyl zu beantragen. Dazu muss man nach Europa kommen. Verzweifelte Menschen nehmen eine lange und gefährliche Reise auf sich, um dieses Ziel zu erreichen. Unterwegs sind sie Räubern, Vergewaltigern, Menschenhändlern, Mördern und Erpressern schutzlos ausgeliefert. Die EU und ihre „Grenzschutztruppe“ Frontex wissen das und nehmen es billigend in Kauf.

Wenn die flüchtenden Menschen die Sahara überwunden haben, erreichen sie Staaten wie Libyen. Abermals mit europäischem Wissen betreibt dort eine Soldateska Lager, in denen das Foltern, Vergewaltigen und Morden weiter geht. Die EU unternimmt nichts gegen diese Zustände: Schlimmer: Sie bezahlt die Täter, rüstet sie aus, lädt sie sogar auf Erholungsurlaube nach Europa ein, betreibt Öffentlichkeitsarbeit für sie, stellt sie den Menschen in Europa als „libysche Küstenwache“ vor.

Jene EU, die sich sonst bei jeder Gelegenheit als Hort der Menschenrechte feiert.

Jene EU lässt die Menschen in den Booten unter Bruch des internationalen Seerechts elendig ersaufen, indem man nämlich just in den Teilen des Mittelmeers, in denen die meisten Boote die Überfahrt wagen, keine Schiffe patrouillieren lässt. Ganz gezielt hat man so das Mittelmeer zur gefährlichsten Seeroute der Welt gemacht.

VERLOGENHEIT, DIE NACH WIDERSPRUCH SCHREIT

Das Ergebnis Stand Oktober: alleine im heurigen Jahr 1.000 Tote, das sind täglich vier. Seit 2014 waren es über 18.000 Tote – in fünf Jahren mehr als fünfundzwanzig Mal so viele wie in dreißig Jahren an der innerdeutschen Grenze starben.

Ich sage das nicht, um aufzurechnen.

Sondern um jene Verlogenheit greifbarer zu machen, die nach Widerspruch schreit.

Unser Europa: eine neoliberale Farce.

Das europäische Beharren auf Menschenrechten: eine Lüge.

Unser Badestrand: das Tor zu einem Massengrab.

Einer der wenigen Widersprüche kam von Kapitänin Carola Rackete. Sie und andere private Seenotretter übernehmen die Rettung von Menschen in Territorien, die Frontex zu Todeszonen gemacht hat. Rackete und ihre Mannschaft haben Menschen geholfen – und wurden dafür angefeindet und kriminalisiert, mittlerweile glücklicherweise auch gewürdigt.

Diese beiden Biografien, diejenige Mohammed Alis und Carola Rackete, sind nicht einfach Geschichten menschlichen Mutes und Anstands. Sie wirkten beide weit über die betreffende Person hinaus. Alis Vorbild bewegte tausende junge Amerikaner, den Militärdienst zu verweigern, nach Kanada zu gehen, sich falsche Atteste zu besorgen oder, wenn sie eingezogen wurden, bei Patrouillen ein rotes Stück Stoff an ihrer Uniform zu befestigen als Zeichen an die vietnamesischen Gegner, dass man nicht kämpfen wolle.

Racketes Unerschrockenheit hat erneut Bewegung in die Diskussion über die europäische Asylpolitik gebracht. Sie hat selbst Konservative wie Horst Seehofer gezwungen, Position gegen Hetzer vom Schlage Salvini zu beziehen und damit die Diskussion verändert.

Ali und Rackete haben vorgelebt, wie man in schwierigen Situationen die Brust durchdrückt statt den Kopf einzuziehen und laut und vernehmlich zu sagen: nein.

Indem sie selbst standhaft geblieben sind, haben sie andere bewegt.

Widerspruch kann ansteckend sein.

ALS WIDERSPRUCH MASKIERTER KONSENS

Bisher war von Widerspruch die Rede, der sich gegen einen bestehenden Konsens richtet. Vorderhand scheint klar, weshalb das aggressive Reaktionen provoziert: der Trend zur Harmonisierung und so.

Umso paradoxer ist aber ein Konsens, der sich als Widerspruch maskiert. Die jahrzehntelange Hetze gegen muslimische Menschen trägt mittlerweile ihre Früchte: Wer die Studie der Uni Salzburg vor einigen Wochen gesehen hat, in der von 1.200 Befragten mehr als die Hälfte dafür eintreten, die freie Religionsausübung ausschließlich für Muslime einzuschränken und zwei Drittel zumindest partielle Kleidungs Vorschriften für Moslems befürworten, kann wenig Zweifel daran haben, wie die Stimmung im Land aussieht.

Wenn Hassfabriken wie FPÖ oder Kronenzeitung eben diese Angst- und ressentimentgetriebene Mehrheitsmeinung be spielen, drehen sie die Wirklichkeit aber um. Sie bemänteln ihre Konsens-Hetze als Widerspruch einiger weniger Aufrechter gegen ein herbeiphantasiertes Meinungskartell. Twitter ist voll von diesen “Das darf man ja schon gar nicht mehr sagen”.

Warum tun sie das? Offenkundig, weil sie auch darauf bauen, dass es eine weit verbreitete Lust am Widerspruch gibt. Man möchte hinzufügen: besonders am gefahrlosen, konfliktbefreiten, selbstvergewissernden. Aber dennoch: so sehr es uns in die Harmonie drängt, empfinden wir auch eine Lust am Widerspruch. “Endlich sagt es einmal wer”.

Da kann man ansetzen: Entschiedener, gut argumentierter Widerspruch wird schon allein deshalb Gehör finden, weil

es eine impulsive Sympathie für den Dissens gibt. Dabei ist gar nicht zu leugnen, dass es natürlich eine Rolle spielt, dass Meinungsverschiedenheit schlicht unterhaltsamer ist als dröge Einigkeit. Wer immer das Schweigen durchbricht, hat deshalb auch so etwas wie eine stille Dankbarkeit des Publikums auf seiner Seite. Und in einem zweiten Schritt: Der Mut, vom Mehrheitsurteil abzuweichen und das auch laut zu sagen, steigt immens, wenn es auch nur eine Person gibt, die einem beisteht. Irgendeiner muss bloß den Anfang machen.

Warum mir das wichtig ist?

Weil wir auf darauf bauen können. Es liegt viel Zuversicht in dem Bewusstsein, dass für den Widerspruch dasselbe gilt wie für den FC Liverpool:

You'll never walk alone.



BARBARA BLAHA

ist Politische Leiterin des Momentum-Kongresses und
Leiterin des 2019 gegründeten Momentum-Instituts,
das sich als "Think Tank der Vielen" definiert.



Ausstellungsansicht
"Josef Bauer. Demonstration"
© Belvedere, Wien, Foto: Johannes Stoll



Die Partei der kleinen Leute

Nach dem Koalitionsbruch in der Steiermark geht es am 24. November um eine sozialdemokratische Alternative zu Schwarz-Türkis-Blau in der Steiermark. Vor dem Hintergrund der bundespolitischen Großwetterlage analysiert der stv. Landesgeschäftsführer der steirischen SPÖ, **Wolfgang Moitzi**, die Ausgangslage und stellt die Schwerpunkte der steirischen Wahlkampagne vor.

Der Wahltermin für den steirischen Landtag stand eigentlich seit Monaten fest. SPÖ-Vorsitzender und LH-Stv. Michael Schickhofer und ÖVP-LH Hermann Schützenhöfer hatten per Handschlag paktiert, bis zum Ende der Legislaturperiode im Mai 2020 zu arbeiten. Zu tun hätte es genug gegeben. In der obersteirischen Industrie hinterlässt die sich abzeichnende Konjunkturdelle deutliche Spuren. Tausende Arbeitsplätze wackeln. Viele Arbeitslose über 50 warten seit Jahren darauf, dass man nicht nur die Anhebung des Pensionsantrittsalters predigt, sondern dass etwas passiert, um länger gesund arbeiten zu können. Lebendige Regionen und der Klimaschutz brauchen konkrete Maßnahmen in der Verkehrspolitik, aber auch neue Schwerpunkte bei der Wohnbau- und Energieförderung. Warum Landeshauptmann Schützenhöfer sein Wort gebrochen hat, darüber kann man natürlich nur spekulieren. Auffällig ist, dass ÖVP-Bundesparteiobmann Sebastian Kurz bei der entscheidenden Sitzung dabei gewesen sein dürfte. Dem Kurz-Flügel ist die SPÖ-Regierungsbeteiligung seit langem ein Dorn im Auge. Nun sieht er offenbar die Chance gekommen, Schwarz-Blau auch in der Steiermark zu etablieren. Wie sehr manche in der ÖVP mit dieser Option spekulieren, zeigt sich auch in der Weigerung der ÖVP, selbst nach der Liederbuchaffäre der FPÖ Steiermark eine Koalition auszuschließen.

DER 5-PUNKTE-PLAN

ÖVP und FPÖ haben darauf gehofft, mit ihrem überraschenden Neuwahlbeschluss – den sie gemeinsam mit den steirischen Grünen getroffen haben – die SPÖ auf dem falschen Fuß

zu erwischen. Was sie offenbar unterschätzt hatten, war, dass wir steirische SozialdemokratInnen eine ganze Reihe von Initiativen vorbereitet hatten, um Antworten auf aktuellen Herausforderungen zu geben. Vom Arbeitsmarktpaket über das 300-Euro-Jahresticket für PendlerInnen bis hin zu Maßnahmen zum Ausbau des Radverkehrs und dem Austausch klimaschädlicher Ölheizungen: Mit dem 5-Punkte-Plan legte SPÖ-Spitzenkandidat Michael Schickhofer ein konkretes Programm vor, das in großen Teilen noch vor dem Wahltermin verwirklicht werden konnte.

Dazu zählte insbesondere auch die gesetzliche Wahlkampf-kostenbeschränkung, die die Ausgaben aller Partei mit einer Million Euro begrenzte und auf Initiative der SPÖ Mitte September im Landtag beschlossen wurde. Diese Gesetzesänderung ist für uns SozialdemokratInnen v.a. eines: ein Bekenntnis zur Demokratie. Ein Bekenntnis dazu, dass dieses Land von denen regiert werden soll, die die besseren Ideen haben, die das Vertrauen und die Unterstützung der Menschen haben, und nicht von denen, die auf unbegrenzte Bankkredite und großzügige Milliardärs-Spender zählen können. Für uns stand von Anfang an fest: Dieser Wahlkampf, der uns vorzeitig aufgezwungen wurde, soll eine Auseinandersetzung werden, wer die besseren Konzepte hat und nicht darum, wer das Land dichter zuplakatiert. Dieser Wahlkampf soll sich darum drehen, wie wir das Leben der Steirerinnen und Steirer verbessern, und nicht um Buchhaltungs-Tricks, um Wahlausgaben zu verschleiern. Dieser Wahlkampf soll die Zukunft von 1,2 Millionen Steirerinnen und Steirer entscheiden, und nicht der von Großspendern finanzierten Selbstdarstellung Einzelner dienen.

MIT DER KRAFT DER IDEEN

Mit der Wahlkampfkostenbegrenzung haben wir eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, dass diese Wahlen tatsächlich eine Richtungsentscheidung werden können: Eine Entscheidung zwischen der Übertragung der schwarz-blauen Ibiza-Koalition in die Steiermark; oder eines mutigen Politikwechsels mit der SPÖ, der sozialen Zusammenhalt vor gesellschaftliche Spaltung stellt. Mit unseren Konzepten zeigen wir, wie wir als Land auf den drohenden Konjunkturabschwung reagieren können und Arbeitsplätze in der Industrie und in den Regionen verteidigen und ausbauen können. Wir zeigen, dass die Stärkung des ländlichen Raums mehr ist, als die Ausschüttung von Agrarsubventionen an ein paar Großbauern. Wir zeigen, dass Heimat der Ort ist, wo man gerne zusammenlebt und nicht der Ort, wo man Menschen aufeinanderhetzt. Und wir zeigen, dass eine offensive Klimapolitik v.a. bedeutet, unser Zusammenleben attraktiver und solidarischer zu gestalten: Mit einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs, einer Stärkung unserer Ortskerne, einer Stärkung unserer regionalen Wirtschaft und einer Kampfansage an die rücksichtslose Allmacht großer Konzerne.

VOM KLEINEN ZUM GROSSEN

Uns ist klar, dass die steirische Landespolitik allein nicht alle großen Fragen der Gegenwart lösen kann. Für uns ist das aber kein Grund für zynische Inhaltlosigkeit. Unser Anliegen ist es, auf die großen Fragen regional die Antworten zu geben, die wir dann auch tatsächlich umsetzen werden.

Stichwort Verkehrs- und Klimapolitik: Mit dem 300-Euro-Jahresticket hat die SPÖ eine weitreichende Verbesserung für Pendlerinnen und Pendler durchgesetzt, die auch klimapolitisch überfällig ist. Das PendlerInnen-Ticket stärkt die Regionen, aus denen zehntausende ArbeitnehmerInnen tagtäglich in den Zentralraum Graz und andere Regionen fahren. Es schafft einen erheblichen finanziellen Anreiz, vom Auto umzusteigen oder es zumindest öfter mal stehen zu lassen. Damit trägt es auch zur Reduktion der Schadstoffbelastung in der feinstaub- und smoggeplagten Landeshauptstadt bei. Aber nicht nur Graz braucht eine Reduktion des Durchzugsverkehrs. Seit Jahren belasten LKWs, die sich die Maut ersparen wollen, die Gemeinden entlang der Gaberlstaße und am Triebener Tauern. Jahrelang hatte die Wirtschaftskammer wirksame Maßnahmen blockiert, im Herbst gelang es der SPÖ gemeinsam mit den AnwohnerInnen endlich genug Druck aufzubauen, um eine Änderung durchzusetzen: Ein LKW-Fahrverbot ist inzwischen beschlossene Sache.

ANDERS POLITIK MACHEN

Die Geschichte des LKW-Fahrverbots am Triebener Tauern ist auch ein Beispiel dafür, wie wir steirische SozialdemokratInnen unsere Art, Politik zu machen verändern. Politik lebt davon, dass wir alle mittun. Nicht nur für, sondern auch mit den Betroffenen haben wir daher die Änderung durchgesetzt, für die wir uns seit Jahren eingesetzt hatten. Die Kraft der Vielen kann auch die Blockade mächtiger Interessensgruppen überwinden helfen. Eine Handvoll Frächter muss jetzt endlich die Kosten tragen, die sie zu Lasten der Lebensqualität tausender AnwohnerInnen der Allgemeinheit vorenthalten haben.

ARBEITSMARKTPAKET

Stichwort Arbeitsmarktpaket: Als SozialdemokratInnen sind wir überzeugt, dass jeder Mensch in seiner Arbeit Würde, Respekt und ein anständiges Einkommen verdient. Doch nicht nur der einsetzende Konjunkturabschwung stellt das in Frage. Seit Jahren schaut die große Politik zu, wie tausende Arbeitslose über 50 ohne jede Chance auf einen Arbeitsplatz bleiben, während große Reden über eine Steigerung des Pensionsantrittsalter geschwungen werden. Der letzte SPÖ-Sozialminister Alois Stöger ist dieses Problem endlich angegangen: Mit der Aktion 20.000 sollten bundesweit 20.000 Jobs bei Gemeinden und gemeinnützigen Trägern geschaffen werden. Es war eine der ersten Maßnahmen von Schwarz-Blau, dieses Projekt einzustellen und tausenden Menschen ihre Chance auf Würde und Respekt zu nehmen. In der Steiermark wollen wir diese Maßnahme wiederbeleben und hunderte neue Stellen schaffen.

WOHNEN

Stichwort Wohnen: Nicht nur in Graz, sondern auch in den übrigen Regionen wird leistbares Wohnen zu einem immer größeren Thema. Eine klimaschützende Raumplanung braucht auch vernünftige Wohnkonzepte. Leistbarer Wohnraum und seine Verbindung mit vernünftigen Verkehrsangeboten ist daher ein Schlüsselthema für die steirische Sozialdemokratie: Deshalb werden wir tausende neue Wohnungen errichten. 499 Euro für 70 m² klug geplanten Wohnraum müssen genug sein. Gleichzeitig fordern wir ein Paket gegen Wohnungslosigkeit: Eine reiche Gesellschaft darf sich die Schande nicht länger leisten, dass Menschen auf der Straße leben. Und mit einem regionalen Aktionsplan gegen Energiearmut soll es keine Wohnung mehr geben, die aus Kostengründen

an kalten Tagen schlecht oder unbeheizt bleibt – gleichzeitig gibt es auch hier erhebliches klimapolitisches Potenzial.

DIE PARTEI DER KLEINEN LEUTE

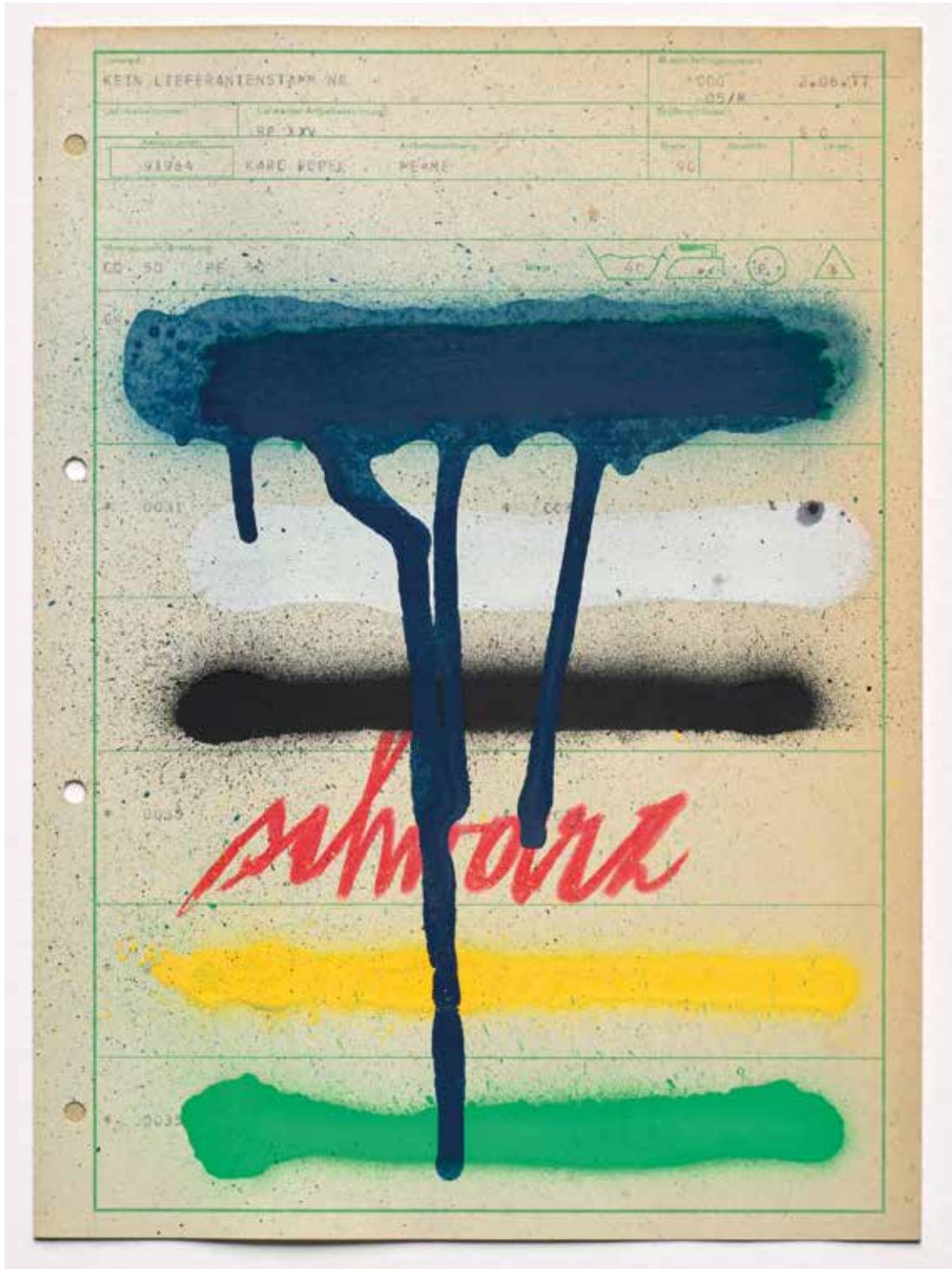
Als SPÖ wollen wir aber nicht nur auf den Plakaten, die Partei der „kleinen Leute“ sein. Kinder, die in der Steiermark aufwachsen sollen eine unbeschwerte Kindheit haben. Sie haben ein Recht darauf, alle Möglichkeiten zu haben. Daher werden wir das Angebot für die Kleinkindbetreuung ausbauen und in allen Gemeinden Angebote für eine ganztägige Betreuung von 7 bis 17 Uhr schaffen. Eine soziale Staffelung der Betreuungsbeiträge ist ein wichtiger Schritt zu einer Beseitigung finanzieller Barrieren in der Kinderbetreuung. Gleichzeitig soll durch eine schrittweise Anpassung der Gruppengröße die Betreuungsqualität verbessert werden. Die Steiermark wird unter sozialdemokratischer Führung das kinderfreundlichste Bundesland Österreichs werden.

RAHMENBEDINGUNGEN

Acht Wochen nach der Nationalratswahl und nach wochenlanger Selbstbeschäftigung ohne konkrete Ergebnisse ist zweifelsohne kein bundespolitischer Rückenwind zu verspüren. Doch wir lassen uns von den schwierigen Rahmenbedingungen keinesfalls unterkriegen. Wir führen diesen Wahlkampf mit der ganzen Kraft einer Idee, die seit über 130 Jahren dieses Land demokratisch, sozialer und gerechter gemacht hat. Die Idee der sozialen Demokratie, einer Gesellschaft der Demokratie, der Gerechtigkeit, der Gleichheit. Diese Idee braucht keine Wahlkampfmillionen. Diese Idee braucht v.a. Menschen, die sie in die Tat umsetzen wollen. Daher setzen wir in diesem Wahlkampf auch ganz stark auf das persönliche Gespräch, auf Hausbesuche, auf den Einsatz ehrenamtlich Aktiver. Ihnen einen fixen Platz in unserer Partei zu geben, sie nicht nur in der Wahlbewegung zu aktivieren, sondern sie in unserer Partei mitbestimmen zu lassen und sie so an uns zu binden, das wird eine Herausforderung sein, die weit über eine Landtagswahl hinausweist. 

WOLFGANG MOITZI

ist Vorsitzender der SPÖ-Spielberg, Landtagsabgeordneter und stv. Landesgeschäftsführer der SPÖ Steiermark.



Josef Bauer

"Musterkatalog", 1978

© Belvedere, Wien

Foto: Johannes Stoll. Courtesy Josef Bauer; Krobath; Wien
Galerie Karin Guenther, Hamburg

Und täglich grüßt das Murmeltier

Das nächste Brexit-Datum ist ohne Austritt verstrichen, statt Austritt gibt es Neuwahlen. Doch die Brexit-Achterbahn fährt weiter. Woran ist Boris Johnson (vorläufig) gescheitert? Und wie geht es nun mit den Neuwahlen weiter? **Ludwig Dvořák** analysiert die Entwicklungen der letzten Wochen und die Ausgangsbedingungen für den Urnengang am 12. Dezember.

Er werde lieber im Schützengraben sterben, als um eine Brexit-Verschiebung anzusuchen, tönte Boris Johnson noch Anfang September.¹ Keine fünf Wochen später ist alles anders: Großbritannien hat um eine Verschiebung des Austritts auf den 31.01.2020 ange-sucht, die von der EU auch genehmigt wurde. Der Austritt ist Ende Jänner fast ein Jahr überfällig, es ist der dritte Aufschub, um den das Vereinigte Königreich ansucht. Das Land ist – ebenso wie die europäischen Regierungsspitzen – des Themas überdrüssig. Genau deshalb hatte Johnson alle Register gezogen, um einen Austritt am 31. Oktober durchzusetzen. Woran ist er (vorläufig) gescheitert? Und wie geht es nun weiter?

JOHNSONS NO-DEAL-ROULETTE

Nach dem Rücktritt von Theresa May wies die innerparteiliche Wahl eines neuen Parteiführers in eine klare Richtung: „No Deal“. Johnson selbst kündigte an, der Austritt am 31. Oktober sei in Stein gemeißelt, egal ob es einen Deal gebe oder nicht. Gleichzeitig formulierte er Bedingungen für einen Deal, die für die EU absehbar inakzeptabel waren. Der nordirische „Backstop“ sollte ausgeschlossen werden, das Vereinigte Königreich sollte unmittelbar nach dem Austritt Freihandelsabkommen mit der ganzen Welt abschließen können. Doch dieses Ansinnen ist mit dem Ziel der Vermeidung einer „harten Grenze“ auf der irischen Insel unvereinbar (ZUKUNFT 06/2019).

Um nach eigenem Gutdünken vorgehen zu können, versuchte Johnson zunächst, die Kontrolle des Parlaments auszuschalten. Mit einem Geschäftsordnungstrick entschied der

Premierminister Ende August, das Parlament fünf Wochen in „Zwangsurlaub“ zu schicken.² Der zugrunde liegende Mechanismus wäre an sich ein in der britischen Verfassung üblicher Vorgang. Auf Vorschlag der Regierung beendet die Königin Parlamentssessionen innerhalb einer Legislaturperiode. Das Parlament tagt einige Tage nicht, bevor mit einer (von der Regierung verfassten) Rede der Königin vor den beiden Kammern des Parlaments eine neue Session eröffnet wird. Doch Johnson legte die Zwangspause für einen fünfwöchigen Zeitraum von Anfang September bis Mitte Oktober fest. Es war ein beispielloser Versuch in der Geschichte des demokratischen Englands, das Parlament zum Schweigen zu bringen, der auch zu Vergleichen mit dem Vorgehen des (später geköpften) Königs Charles I führte.³ Hätte Johnson keinen Deal abgeschlossen, so wäre es dem Parlament kaum noch möglich gewesen, einen Austritt ohne Abkommen am 31. Oktober zu verhindern. Denn selbst ein Misstrauensvotum gegen den Premierminister hätte ihn nicht automatisch in der benötigten kurzen Frist aus dem Amt befördert.

Doch der von seinem engsten Berater, Dominic Cummings, ausgeklügelte Plan misslang gleich dreifach. Zum einen gelang es den Abgeordneten noch vor der Zwangsurlaubung ein gesetzliches Sicherheitsnetz einzuziehen: Sollte beim EU-Gipfel am 17. Oktober kein Deal abgeschlossen werden, der die Zustimmung des Unterhauses findet, müsse der Premierminister einen dreimonatigen Aufschub beantragen. Johnson wehrte sich mit Händen und Füßen gegen das Gesetz (den „Benn Act“), das (mit tatkräftiger Unterstützung durch den Speaker John Bercow) im Eilverfahren durch das Unter- und Oberhaus gebracht wurde, bevor die Parlaments-

session endete. Johnson drohte damit, alle konservativen AbweichlerInnen, die für den Benn Act stimmen würden, aus der Fraktion auszuschließen – und machte die Drohung wahr.

Mit dem Ausschluss von 21 Abgeordneten, darunter eine ganze Reihe prominenter Mitglieder der Regierung May und der Enkelsohn des legendären Winston Churchill, sprengte Johnson aber auch die am seidenen Faden hängende parlamentarische Mehrheit seiner Regierung in die Luft.⁴ Johnsons Hazard beraubte die Tories jeder weiteren Handlungsfähigkeit.

Das Chaos wurde komplettiert, als das britische Höchstgericht – das üblicherweise nicht in derartig heikle Verfassungsmaterien eingreift – Ende September das Vorgehen der Regierung für ungesetzlich und die Beendigung der Parlamentssession für nichtig erklärte.⁵ Das Unterhaus trat bereits am nächsten Tag wieder zusammen.

DER WEG ZUM NEUEN BREXIT DEAL

Damit hatte sich die Spielanordnung grundlegend geändert. Johnson hatte damit kalkuliert, gegenüber der EU den harten Mann zu markieren, der mit den „Wenns und Abers“ Schluss macht und lieber ohne Deal aus der EU ausscheidet, um sich dann als Mann der Tat einer Neuwahl zu stellen. Doch der Benn Act verpflichtete ihn nun zu einer Verlängerung, falls kein Deal zustande käme. Nicht nur, dass es ohne Deal einen Aufschub geben musste, Johnson war gesetzlich gehalten, höchstpersönlich diesen Aufschub zu erbitten. In den Medien wurde über Pläne spekuliert, dass Johnson diese Verpflichtung einfach ignorieren könnte und der Premierminister befeuerte diese Gerüchte mit der Aussage, er werde unter keinen Umständen um einen Aufschub ansuchen. Anfang September versuchte er die Flucht nach vorne: Nachdem die Tories monatelang Neuwahlen verhindert hatten, schlugen sie nun vor, Großbritannien Mitte Oktober an die Urnen zu rufen. Doch die Opposition lehnte ab: Ohne Garantien gegen einen No-Deal-Brexit werde das Parlament nicht auseinandergehen.

Das neuerliche Zusammentreten des Unterhauses Ende September machte schließlich auch die Option des Ignorierens des Benn Acts zu einem unsicheren Vabanque-Spiel, zumal ein weiterer offener Gesetzesbruch durch die Partei von „Recht und Ordnung“ wohl auch für einige hartgesottene Konservative zuviel gewesen wäre. Nachdem Johnson monatelang keinerlei Verhandlungsschritte gesetzt hatte, begann er

nun wieder, zumindest rhetorisch auf einen Deal hinzuarbeiten. Zunächst grüßte allerdings in den Gesprächen mit der EU wieder täglich das Marmeltier: Johnson legte laufend Vorschläge vor, die alle bereits ein Jahr zuvor als undurchführbar verworfen worden waren. Plötzlich waren auch die sagenhaften technologischen Mittel wieder da, mit denen bereits im Vorjahr Grenzen auf magische Weise zum Verschwinden gebracht werden sollten.

Wirklich Bewegung kam in die Gespräche erst, als Johnson eine Woche vor dem EU-Gipfel am 17.10. bei seinem irischen Amtskollegen die Bereitschaft andeutete, seine nordirischen Verbündeten, die rechtskonservative Democratic Unionist Party (DUP), zu verkaufen.⁶ Theresa May war in den Verhandlungen nicht zuletzt daran gescheitert, dass ihre Regierung auf die Unterstützung der DUP angewiesen war und ihr rechter Parteiflügel energisch darauf bestand, auf keinen Fall Zollgrenzen zwischen Nordirland und Großbritannien entstehen zu lassen. Genau das hatte aber das von den gleichen Hardlinern geforderte Freihandelsregime für Großbritannien nach dem Austritt unmöglich gemacht. Denn solange es keine Sonderregeln für Nordirland geben durfte und Nordirland zur Vermeidung einer harten Grenze faktisch im Binnenmarkt bleiben musste, gab es auch für den Rest des Vereinigten Königreichs keine denkmögliche Variante, aus der Zollunion auszusteigen.

JOHNSONS VERRAT AN DER DUP

Anfang Oktober hatte Johnson nochmal versucht, dieses Dilemma unter Beteiligung der DUP zu lösen: Der „Stormont Lock“ (benannt nach dem Sitz des nordirischen Regionalparlaments Stormont Estate) war geboren.⁷ Nordirland sollte faktisch zumindest teilweise im Binnenmarkt verbleiben, allerdings nur, wenn das nordirische Regionalparlament mit doppelter Mehrheit (also sowohl der Mehrheit der irischen Nationalisten, als auch der Mehrheit der pro-britischen Unionisten) dem zustimmt. Johnson hätte der EU einen Kompromiss anbieten können, die DUP hätte es dann immer noch in der Hand gehabt, ihn mit einem Veto zum Scheitern zu bringen.

Doch anders als Theresa May verspürten die ChefverhandlerInnen der EU wenig Neigung sich den Launen der DUP auszuliefern. Worauf sich Boris Johnson schließlich mit der EU einigte, entspricht mit einigen kosmetischen Änderungen dem ursprünglichen Vorschlag der EU aus dem Februar 2018:

Nordirland bleibt faktisch im Binnenmarkt. Zwischen Nordirland und Großbritannien entsteht eine Zollgrenze. Nach vier Jahren, also Ende 2024, stimmt das nordirische Regionalparlament über die Weiterführung dieses Regimes ab – allerdings mit einfacher Mehrheit, und damit ohne Vetomöglichkeit für die nordirische DUP.⁸ Und genau das treibt die DUP auf die Barrikaden. Anders als der ursprüngliche Backstop ist diese Lösung keine Notfalloption – sie tritt dauerhaft in Kraft. Die Abstimmung Ende 2024, und die fehlende Möglichkeit der DUP sie zu blockieren, sehen die Unionisten – durchaus berechtigt – als Schritt in Richtung Ausscheiden Nordirlands aus dem Vereinigten Königreich und zur Vereinigung Irlands.⁹ Wenn das Regionalparlament die Aufrechterhaltung einer Zollgrenze zu Großbritannien 2024 mit einfacher Mehrheit beschließen sollte, dann spricht ein solches Votum wohl auch dafür, dass die im Karfreitags-Abkommen genannten Bedingungen für ein Referendum über die Vereinigung – eine absehbare Mehrheit dafür in Nordirland – gegeben sind. Die DUP hat daher der Regierung ihre Unterstützung für einen Deal wütend entzogen.¹⁰

NO DEAL MIT DEAL?

Doch warum bricht Boris Johnson, der als Gastredner auf dem Parteitag der DUP genau vor einem Jahr erklärt hatte, kein britischer Premierminister würde jemals Zollkontrollen zwischen Nordirland und Großbritannien zulassen, sein Wort? Johnsons Team hat offenbar aus den Fehlern seiner Vorgängerin gelernt. Theresa Mays Deal scheiterte letztlich daran, dass sie es sowohl der nordirischen DUP Recht machen wollte, die einheitlichen Regeln für das Vereinigte Königreich verlangte, als auch den Hardcore-Brexiters, die ihrem Phantasma vom Freihandels-Paradies jenseits der EU nachjagen wollten. Beide Ziele sind miteinander unvereinbar. Eine gesamtbritische Lösung schließt ein Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Zollunion aus, ein nordirischer Sonderstatus eine einheitliche Lösung. May wollte sich nicht entscheiden, wen sie verärgert – und brachte beide Seiten gegen sich auf. Johnson entschloss sich, im Zweifel die Nordiren über Bord zu werfen – und gleichzeitig die Hoffnung der Hardcore-Brexiters auf einen harten Brexit am Leben zu erhalten. Der Austritt selbst ist ja nur der erste Akt des Brexit. Ist er einmal vollzogen, beginnt die wirkliche Knochenarbeit: Die Verhandlung eines neuen Wirtschaftsabkommens, das die künftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU regelt. Während das Austrittsabkommen ansonsten substantiell weitgehend dem Deal Theresa Mays entspricht, hat die Ent-

fernung des gesamtbritischen Backstops nämlich v.a. eine wesentliche Bedeutung: Die „Hoffnung“ der Ultra-Brexiters auf einen harten Brexit, auf einen dauerhaften Ausstieg aus der Zollunion lebt.

Der gesamtbritische Backstop hatte ihn ausgeschlossen: Hätte es keine Einigung auf ein Wirtschaftsabkommen gegeben, wäre der Backstop in Kraft getreten und hätte eine dauerhafte Zollunion bewirkt. Der rechte Flügel der Tories hatte lautstark beklagt, dass auch Mays Backstop Differenzierungen zwischen Nordirland und Großbritannien enthält. Was sie wirklich störte, war der Sicherungsmechanismus, der einen harten Bruch mit der EU unmöglich machte.

Boris Johnson und mit ihm die Ultra-Brexiters von der European Research Group (ERG) sind nun – allen schwülstigen Reden über die „kostbare Union von Großbritannien und Nordirland“ zum Trotz allzu gerne bereit, die Nordiren über Bord zu werfen, wenn sie damit ihre chauvinistisch-wirtschaftsliberale Agenda weiterverfolgen können.

JOHNSON GEWINNT EINE ABSTIMMUNG – UND STOPPT DEN RATIFIZIERUNGSPROZESS

Und obwohl die nordirische DUP Gift und Galle spuckt, zeichnete sich für den neuen Deal eine mögliche Mehrheit im Unterhaus ab. Johnson brachte nicht nur die Brexit-Extremisten auf Linie – er konnte weitgehend auch darauf setzen, dass die aus der Fraktion ausgeschlossenen gemäßigten Tories für sein Abkommen stimmen. Und schließlich gibt es seit Monaten ein Potenzial an ca. 20 bis 30 – überwiegend Corbyn-feindlichen – Labour-Abgeordneten aus nordenglischen Leave-Wahlkreisen, die die Sache abgeschlossen sehen wollen und denen alles Recht ist, solange der Brexit mit einem Abkommen, welcher Art auch immer, erledigt wird.

Aus diesem Grund fand der Deal im Unterhaus auch in zweiter Lesung eine Mehrheit, anders als Theresa Mays Deal, der dreimal scheiterte. Doch statt den Gesetzgebungsprozess fortzusetzen, hat Boris Johnson den Ratifizierungsprozess überraschend gestoppt.

JA SPINNEN DIE, DIE BRITEN?

Erstmals fand ein Deal eine Mehrheit – und trotzdem setzte der Premierminister die Ratifizierung aus? Um das zu verstehen, braucht es tatsächlich ein sehr scharfes Auge für die

parlamentarischen Ränkespiele und ein Verständnis dafür, dass selbst Abgeordnete der eigenen Partei geneigt sind, Boris Johnson nicht einmal die Uhrzeit zu glauben. Gemäßigte Tory-Brexiters hatten nämlich durchaus verstanden, dass die Scharfmacher in der eigenen Fraktion die Hoffnung auf einen No-Deal-Brexit keinesfalls begraben hatten. Sie hatten daher einen Antrag der Regierung dahingehend abgeändert, dass die Regierung trotz der Zustimmung zum Austrittsabkommen um Verschiebung ansuchen muss. Damit sollte verhindert werden, dass die Ultra-Brexiters mit ihrer Zustimmung zunächst verhindern, dass der Benn Act wirksam wird und die Regierung nicht um Aufschub ansucht – in den entscheidenden Abstimmungen dann aber den Deal doch noch zu Fall bringen und Großbritannien am 31. Oktober ohne Deal ausscheidet. Boris Johnson wollte daraufhin die Ratifizierung im Eilverfahren durchpeitschen. Doch dass er selbst vor dem Unterhaus fälschlich behauptete, es werde nach seinem Abkommen keine Zollkontrollen zwischen Großbritannien und Nordirland geben, trug nicht unmaßgeblich dazu bei, dass sich die Abgeordneten weigerten, das umfassende Vertragswerk nahezu ungeprüft durchzuwinken.¹¹ Der Zeitplan der Regierung für eine Beratung und Beschlussfassung innerhalb dreier Tage wurde verworfen. Gleichzeitig eröffnet der Beschluss des Abkommens in zweiter Lesung die Möglichkeit, Abänderungsanträge zur Regierungsvorlage einzubringen. Damit stand es den Abgeordneten offen, die dauerhafte Schaffung einer Zollunion oder auch die Verpflichtung zur Durchführung eines zweiten Referendums in die Regierungstexte einzufügen.

Es war wohl die Sorge, dass das Parlament die Zollunion zur Bedingung für die Ratifizierung des Abkommens machen könnte, die Johnson dazu veranlasste, den Gesetzgebungsprozess zu stoppen. Das Unterhaus hätte zwar einen Vertrag ratifiziert, der wohl auch auf die Akzeptanz der EU gestoßen wäre – aber Johnsons Option auf einen harten wirtschaftlichen Bruch mit der EU wäre dahin gewesen.

DER AUSTRITT – DIE WICHTIGSTE NEBENSACHE DES BREXIT

Aus der Sicht vieler BeobachterInnen ist der Austritt Großbritanniens die „zentrale Frage einer Generation“. Doch um die Ereignisse richtig einordnen zu können, braucht es ein Verständnis dafür, dass der Austritt selbst eigentlich nur die wichtigste Nebensache des ganzen Brexit-Theaters ist.

Tatsächlich ist nicht der Brexit selbst die maßgebliche Richtungsentscheidung, er ist vielmehr das Mittel, mit dem diese Richtungsentscheidung getroffen werden soll. Die Absicht des rechten Tory-Flügels war und ist die Spaltung des Landes und insbesondere der Labour Party, um einen wirtschaftspolitischen Kurs der Deregulierung fortsetzen zu können, der mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr durchzusetzen wäre und an dem auch nur bestimmte Kapitalfraktionen Interesse haben können. So irrational der EU-Austritt ist, so nützlich ist er, um von den drängenden sozialen Problemen abzulenken, die die konservative Regierung (bis 2015 mit liberaldemokratischer Unterstützung) seit 2010 massiv verschärft hat. So ging z.B. in der medialen Berichterstattung weitgehend unter, dass sogar im (vergleichsweise entspannten) Sommer dieses Jahres die Wartezeiten in Ambulanzen des Nationalen Gesundheitssystem traurige Rekorde erreicht hat, was ein Versorgungsdeaster im kommenden Winter absehbar macht.¹²

Gleichzeitig ist das mehrfache Scheitern der regierenden Konservativen am selbstverordneten Brexit eine existenzielle Gefahr für die eigene Partei. Johnsons Machtübernahme hat den Tories ein deutliches Umfrageplus gebracht, weil er mit seinen großmäuligen Ankündigungen den Eindruck vermittelt hat, das leidige Dauerthema endlich zu erledigen. Weil aber die rechten Hardliner, die Johnsons Machtbasis bilden, im Brexit aber keinen Selbstzweck sehen, sind sie nicht bereit, dafür den Preis einer anhaltenden Zollunion zu zahlen. Deshalb können sie nur mit einem Deal leben, der einen harten Bruch ohne Wirtschaftsabkommen weiter ermöglicht. Und deshalb geht Johnson nun lieber in Neuwahlen, statt das Risiko einzugehen, dass sein No-Deal-Deal modifiziert werden kann.

NEUWAHL-MANÖVER

Doch auch der Weg zu Neuwahlen stellte sich kompliziert dar: Als Erbe der konservativ-liberaldemokratischen Koalitionsregierung bedarf es nämlich (ohne Misstrauensantrag gegen die Regierung) einer 2/3-Mehrheit für vorgezogene Neuwahlen. Doch die verweigerte die oppositionelle Labour Party der Regierung in diesem Herbst gleich dreimal. Für Labour standen zwei Motive im Vordergrund. Zum einen wollten Teile des Labour-Schattenkabinetts Johnsons martialisches Sprüche als leere Versprechen entlarven. Johnson sollte an seinen eigenen Ansagen scheitern. Obwohl sie Johnsons Skrupellosigkeit unterschätzten, durch offenen Wortbruch

gegenüber der nordirischen DUP doch noch einen Deal zu erreichen, ist auch vielen Konservativen unwohl dabei, dass sich die Regierung Anfang Dezember einer Wahl stellen muss, ohne den für 31. Oktober „um jeden Preis“ versprochenen Brexit erreicht zu haben.

Zum anderen zögerten offenbar Teile von Corbyns Team auch deshalb, weil sie es vorgezogen hätten, im Ratifizierungsprozess das Sicherheitsnetz der Zollunion und/oder eines zweiten Referendums einzubauen, bevor man sich der Wahl stellt. Dieser Teil der Labour Party hätte es gern gesehen, das Brexit-Thema öffentlich fürs erste abzuhaken und Neuwahlen erst danach durchzusetzen.

Demgegenüber stand der engste Kreis rund um Parteichef Jeremy Corbyn, der befürchtete, dass weitere Ausweichmanöver als Zeichen der Schwäche ausgelegt würden. Corbyn fordert Neuwahlen, seit die Brexit-Politik der Tories seit über einem Jahr erkennbar ins Trudeln gekommen war. Die Wahl jetzt, nachdem eine Verschiebung des Austritts gesichert war, weiter zu verzögern würde Corbyns größte Stärke – seine Geradlinigkeit, die auch seinen vielen, vielen SkeptikerInnen und GegnerInnen imponiert – beschädigen.

Den Ausschlag in dieser tagelangen Debatte in den Führungsgremien der Partei gaben schließlich die Liberaldemokraten (LD) und die schottischen Nationalisten (SNP). Obwohl sich diese Parteien seit Monaten als die entschlossensten Remain-Parteien zu inszenieren versuchen, machte schließlich deren Verhalten jede Überlegung, vor Neuwahlen einen hard Brexit zu verunmöglichen und ein zweites Referendum durchzusetzen, obsolet. Mit ihrer Ankündigung, einen eigenen Gesetzesantrag zu Neuwahlen einzubringen, blieb Labour gar nichts anderes übrig, als die Initiative zu ergreifen und auf die Forderung nach Neuwahlen einzuschwenken.

DIE ROLLE DES POLITISCHEN ZENTRUMS

Auch für die Liberaldemokraten und viele zentristische Remainer ist der Brexit nur ein Mittel zum Zweck. Ob es nun um die Forderung nach EU-Personenfreizügigkeit, ein zweites Referendum oder die Rücknahme des Austrittsgehefts geht – die eigentliche Absicht dieser Forderung ist nie, dieses Ziel tatsächlich zu erreichen. Es geht vielmehr um den Versuch, das politische System Großbritanniens neu zu ordnen. Wichtige Teile der Medien- und Meinungselite sehen im

Kollaps des Blairismus einen historischen Irrtum. Voller Bewunderung blicken sie in Richtung Frankreich und Macrons Wahlerfolg 2017. „Remain“ ist für diese Kreise nur ein Instrument, der „Politik der Mitte“, die sie imaginieren, eine reale Basis zu verschaffen.

Chuka Umunna ist der Prototyp dieses Milieus. Er galt nach 2010 in der blairistischen Parteilite als „Zukunftshoffnung“ auf den Spuren des in der Öffentlichkeit in Ungnade gefallenen Meisters: Für die Wahlniederlage 2010 machte er Gordon Browns Weigerung verantwortlich, Kürzungen im Sozialstaat anzukündigen, weil es Labours Glaubwürdigkeit (!) geschadet hätte, nicht mitten in der Wirtschaftskrise Sozialkürzungen vorzusehen.¹³ Nach der Wahlniederlage 2015 ortete er in den „Parallelgesellschaften“ britischer MigrantInnen die Ursache für Labours Scheitern.¹⁴ Mit der Wahl Jeremy Corbyns zum Parteichef war es mit seinem „Zukunftshoffnung“-Status vorbei: In der Labour Party gab es immer weniger Nachfrage nach den klassischen Zutaten des Blairismus – Leistungs-Rhetorik gepaart mit Ausgabendisziplin und Law-and-order-Parolen. Umunnas Hinwendung zum Remain-Aktivismus fällt mit der zeitverzögerten Erkenntnis zusammen, dass sein politischer Kurs in der Labour Party nicht mehrheitsfähig werden kann. Hatte Umunna nach dem Brexit-Votum im Herbst 2016 noch argumentiert, es sei wichtiger, die EU-Personenfreizügigkeit loszuwerden, als den Zugang zum Binnenmarkt zu erhalten,¹⁵ geißelt er Corbyn seit zwei Jahren für dessen angeblich „EU-feindliche“ Haltung. Vom Binnenmarkt-Saulus wurde er zum Remain-Paulus, weil er (zurecht) das größte Problem der Labour Party darin erkannte, eine klare pro-Remain orientierte Parteibasis mit einer Strategie zu versöhnen, die in Nordengland auch Leave-WählerInnen erreicht. In diesem Widerspruch ortete er die Basis für den britischen Macron-Moment.

Im Frühjahr 2019 sah Umunna mit einer Handvoll anderer Labour-Abgeordneten und Tory-Abweichlern die Zeit für Großbritanniens „La République en marche“ für gekommen. Sie formierten eine parlamentarische Gruppe („The Independent Group“), die „jenseits der etablierten Parteien“ den Raum der „politischen Mitte“ neu definieren sollten. Er schloss dabei eine Zusammenarbeit mit Labour ebenso aus wie mit den Liberaldemokraten. Die Gründung einer neuen „Bewegung“ – „Change UK“ – erwies sich aber als Rohrkrepiere. Die EU-Wahlen im Mai 2019 besiegelten schon wieder das Ende der neugegründeten Partei. Die Liberaldemokraten

sind der alte/neue Kristallisationspunkt für die polit-mediale Nostalgie der „politischen Mitte“ geworden. Seit dem Verrat all ihrer wesentlichen Wahlversprechen in der Koalition mit den Tories hatten sie sich in Wahlen und Umfragen nicht über ein Niveau von rund 10% steigern können, die EU-Wahlen brachten ihnen mit rund 20% einen in dieser Deutlichkeit überraschenden Triumph. Und so wie Umunna sehen sie in der „Remain“-Forderung ihre Chance, sich als Partei der politischen Mitte zu positionieren. Ob und welchen Brexit es gibt tritt da gegenüber der erhofften Chance auf einen Zeitsprung zurück in die späten 2000er-Jahre – als der liberaldemokratische Parteichef Nick Clegg als ernsthafter Premier-Anwärter galt – in den Hintergrund. Aus dem gleichen Grund wie Boris Johnson – nur aus der anderen Richtung – zogen die Liberaldemokraten daher Neuwahlen der Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses vor: Sie setzen darauf, mit dem Brexit-Theater die politische Rehabilitierung ihrer in Verruf geratenen Partei zu erreichen.

Ein eigenes Spiel spielen die schottischen Nationalisten der SNP: Sie rechnen sich gute Chancen aus, ihre 2017 angeknackste Dominanz in Schottland wieder herzustellen, bevor Anfang 2020 ein Strafverfahren gegen den Vorgänger der aktuellen SNP-Vorsitzenden und Chefin der Regionalregierung, Nicola Sturgeon, innerparteiliche Schlammschlachten und Richtungskämpfe befeuern könnte.

BREXIT-PERSPEKTIVEN DER NEUWAHLEN

So offenkundig der Wortbruch Johnsons ist, so wenig ist zu erwarten, dass sein Scheitern an einem Austritt am 31. Oktober den Konservativen ernsthaften Schaden bei den Wahlen zufügen wird. Johnson hat die Tories als jene Partei etabliert, die den Brexit durchziehen möchte. Dass er den von ihm verhandelten Deal durchbringen hätte können, wird für die breite Öffentlichkeit aller Wahrscheinlichkeit nach verborgen bleiben. Johnsons Kalkulation ist die Wiederholung von Mays Strategie 2017: Mit der Mobilisierung von Leave-WählerInnen nordenglische Labour-Hochburgen zum Kippen zu bringen und sich so trotz Verlusten in Schottland an die SNP, in London an Labour und die Liberaldemokraten im Süden eine Mehrheit zu sichern. Für Labours WählerInnenkoalition ist dieser Wahlgang eine noch größere Herausforderung als 2017. Die Europawahlen 2019 brachten Verluste bei Remain- und Leave-WählerInnen. Mit der Festlegung auf ein Referendum hat die Partei ihren Kurs geschärft und Remain-

BefürworterInnen ein klares Wahlmotiv geliefert. Trotzdem wird wahlentscheidend sein, ob die Brexit-Frage oder die de-saströse soziale Situation im Land das dominante Wahlkampfthema wird, ob es den Tories gelingt, die Konservativen zum Sammelbecken des Leave-Lagers zu machen.

Ob es auf der Brexit-Achterbahn ein gutes Ende geben wird, hängt somit maßgeblich davon ab, wie sehr es gelingt, dass der Brexit nicht das alles entscheidende Wahlmotiv wird. Es wird spannend. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. <https://www.dailytelegraph.com.au/news/world/johnson-would-rather-be-dead-in-a-ditch-than-delay-brexite/video/416f6407746ec159bc29dced469757fb>
2. <https://www.bbc.com/news/uk-scotland-scotland-politics-49550874>
3. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2019/aug/29/boris-johnson-charles-i-king>
4. <https://www.standard.co.uk/news/politics/tory-rebellion-the-21-conservative-mps-who-will-have-the-whip-withdrawn-after-voting-against-the-a4228391.html>
5. <https://www.bbc.com/news/uk-politics-49810261>
6. <https://www.theguardian.com/politics/live/2019/oct/10/brexit-latest-news-boris-johnson-varadkar-corbyn-no-deal-would-put-lives-at-risk-says-former-chief-medical-officer-live-news>
7. <https://www.theguardian.com/politics/2019/oct/01/johnsons-final-warning-to-the-eu-accept-my-brexit-deal-or-its-no-deal>
8. <https://www.dailymail.co.uk/news/article-7584087/Boris-Johnsons-Brexit-deal-key-points-explained.html>
9. <https://www.ft.com/content/08ae76c2-f197-11e9-a55a-30afa498db1b>
10. <https://www.theguardian.com/politics/2019/oct/26/dup-arlene-foster-johnson-brexit-northern-ireland>
11. <https://www.theguardian.com/politics/2019/oct/22/what-just-happened-in-the-commons-and-whats-next-for-brexit>
12. <https://www.bbc.com/news/health-50005960>
13. <https://www.bbc.com/news/uk-politics-29004196>
14. <https://www.theguardian.com/politics/2016/sep/25/chuka-umunna-integrate-immigrants-so-they-dont-lead-parallel-lives>
15. https://www.huffingtonpost.co.uk/entry/chuka-umunna-single-market-free-movement-brexit_uk_57e3e201e4b0db20a6e8b057



Josef Bauer

"Soldatenserie", 2011, SW-Foto mit Pinselstrichen

Reprofotografie: Johannes Stoll / Belvedere, Wien

Courtesy Josef Bauer; Krobath, Wien; Galerie Karin Guenther, Hamburg

Nicht soziale Mobilität, sondern soziale Gerechtigkeit!

Beim britischen Labour-Parteitag sorgte Schatten-Bildungsministerin **Angela Rayner** mit ihrer Ankündigung, den Privatschulensektor ins öffentliche Schulsystem integrieren zu wollen, für Aufsehen. Doch über die Aufreger-Meldung hinaus zeigt Labours Bildungspolitik einen neuen Schwerpunkt, der über das blairistische Mantra der „Chancengerechtigkeit“ hinausweist: Statt sich durch Zugang zur Bildung individuell aus den Klassenverhältnissen der eigenen Eltern befreien zu können, soll Labours neue Bildungspolitik Teil eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses werden. Die Parteitagsrede von Labours Schattenbildungsministerin liefert auch eine Erzählung, die sozialen Aufstieg nicht als „Befreiung“ aus der ArbeiterInnenklasse darstellt.

Hoher Parteitag, es ist ein wirkliches Vergnügen nach Mark [Drakeford, Chef der wallisischen Labour-Regionalregierung] zu sprechen. Was für ein Kontrast zu den letzten drei Tory-Premierministern: Sie haben das Unmögliche möglich gemacht – jeder von ihnen war schlechter als der Vorgänger!

Ich habe den kurzen Film, den wir gerade gesehen haben, ausgewählt, weil es Tony Benn war, der mich ermutigt hat, das zu machen, was ich heute tue. Ich war eine Pflegekraft im Teenager-Alter, mein Job war durch eine Ausgliederung bedroht. Bis dahin hatte ich nie von einer Gewerkschaft gehört. Dann habe ich alles darüber herausgefunden. Wir haben für unser Recht gekämpft. Und wir haben gewonnen. Mit 20 Jahren wurde ich Betriebsrätin. Jetzt bin ich hier. Die ArbeiterInnenbewegung hat mir Bildung gegeben – und eine Lebensaufgabe.

Hoher Parteitag! Manchmal verweisen Menschen auf mich als ein Beispiel für jemanden, die einen schwierigen Start ins Leben hatte. „Sie hat es geschafft. Warum sollst Du es nicht auch schaffen, wenn du es willst.“ Das ist gut gemeint,

aber es ist eigentlich nicht wahr. Mein Leben zeigt das genaue Gegenteil.

Jeder Erfolg, den ich hatte, ist nicht mein Erfolg, sondern ein geteilter Erfolg. Geteilt mit unserer Bewegung, geteilt mit den Labour-Regierungen, die sozialen Wohnbau geschaffen haben, die Mindestlöhne, den Sozialstaat, die Sure-Start-Eltern-Kind-Zentren geschaffen haben. Ich möchte nicht, dass es mir besser ergeht als den Menschen, mit denen ich aufgewachsen bin. Ich möchte, dass es uns allen besser ergeht.

Deshalb geht es uns nicht nur um soziale Mobilität, sondern um soziale Gerechtigkeit! Wir werden die Kommission für Soziale Mobilität in eine Kommission für Soziale Gerechtigkeit umbauen. Und wir werden dafür sorgen, dass diese Kommission unser gesamtes Bildungssystem durch die Integration des privaten Schulsektors gerechter machen wird.

John McDonnell und ich werden die weiteren Schritte einer Labour-Regierung im Detail vorlegen. Was ich schon heute sagen kann ist, dass unser erstes Budget die Steuer-schlupflöcher elitärer Privatschulen [das Schulgeld ist um-

satzsteuerbefreit] stopfen wird, um dieses Geld dafür zu verwenden, das Leben aller Kinder zu verbessern. Als nächster Schatzkanzler wird John McDonnell unsere Wirtschaft umbauen, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen, um Privilegien zu besteuern, Vermögen umzuverteilen und in öffentliche Dienste zu re-investieren. Und das werden wir auch bei der Bildung machen!

Wir werden ein neues, universelles Angebot schaffen. Das wird das Herz unseres Nationalen Bildungsdienstes [National Education Service, analog zum Gesundheitssystem, dem National Health Service (NHS)] sein – weil unsere fundamentalste Überzeugung ist, dass Bildung ein Recht aller ist, nicht nur einiger weniger Privilegierter. Es ist ein Recht, das wir radikal ausbauen werden. Und wie unser NHS wird es von der Geburt an für uns da sein.

Hoher Parteitag, das Sure-Start-Programm [ein auf Nachbarschaftsarbeit orientiertes Eltern-Kind-Programm mit Kinderbetreuung und Bildungsangeboten] hat mein Leben verändert, als mein Sohn auf die Welt kam. Ich habe dort die Elternschule gemacht. Niemand in meiner Klasse war effizienter darin, Windeln zu wechseln und fixe Schlafzeiten einzuhalten. Aber nie zuvor war es Thema, dem Kind Liebe zu geben. Das habe ich erst aus dem Sure-Start-Kurs mitgenommen. Wir wissen, wie wichtig eine Eltern-Kind-Bindung in frühen Jahren ist. Kinder, die sich geliebt fühlen, entwickeln sich am besten.

Wir werden daher eine Neuauflage des Sure-Start-Programms initiieren, Sure Start Plus. Die nächste Labour-Regierung wird Leben verändern, so wie es die letzte Labour-Regierung mit meinem getan hat. Wir werden dieses Programm mit einem völlig neuen Angebot ergänzen: Kostenlose Kleinkinderziehung für 2-4-Jährige. Keine behelfsmäßige Niedriglohn-Kinderversorgung, damit Eltern irgendwie wieder arbeiten können. Sondern ein kindergerechtes Bildungsangebot, betreut von Fachkräften und darauf ausgerichtet, die Entwicklung jedes einzelnen Kindes zu fördern.

Wo immer es keine kostenlosen Bildungsangebote gibt, werden wir das ändern und dafür sorgen. Deshalb werden wir Studiengebühren auf Universitäten ebenso abschaffen wie in der Berufsausbildung und in der Erwachsenenbildung. Lebenslanges Lernen muss für alle zugänglich sein.

In den nächsten Wochen wird unsere Kommission zu Le-

benslangem Lernen ihren Bericht vorlegen, in dem sie eine neue, radikale und notwendige Vision für die Zukunft der Erwachsenenbildung skizzieren wird. Zum ersten Mal wird unser National Education Service allen BürgerInnen ihr Recht auf Bildung, durch ihr ganzes Leben hindurch, garantieren.

Und ich halte es auch für richtig, dass wir lokale Verantwortlichkeit mit nationalen Standards kombinieren werden. Lasst mich ein Beispiel nennen: Bevor ich Abgeordnete wurde, war ich als Freiwillige bei den Samaritern. Manche von euch kennen diese Geschichte schon, die ich dort erlebt habe. Ein junges Mädchen nahm sich das Leben, als sie ihre erste Regelblutung bekam. Weil sie nicht wusste, was mit ihr passierte und weil sie glaubte, sie habe eine schwere Krankheit. Hätte es an ihrer Schule Aufklärungsunterricht gegeben, dann wäre sie heute vielleicht hier. Und darum kann die Entscheidung, ob es an den lokalen Schulen Aufklärungsunterricht gibt, nicht den religiösen und politischen Anschauungen lokaler Vertretungen überlassen bleiben.

Deshalb bin ich fest entschlossen, dass jedes heranwachsende Kind ein Recht hat, über diese Dinge zu lernen. Wir brauchen nationale Richtlinien und wir werden zu unseren PädagogInnen stehen, die sie umsetzen. In unserem National Education Service gibt es kein Opting-Out aus dem Prinzip der Gleichheit.

Jeder Teil des Systems wird durch seine Grundsätze gebunden sein, vereint hinter seinen Werten stehen und seine Standards durchsetzen. Und wenn bestehende Institutionen dafür nicht in der Lage sind, werden wir sie entsprechend umbauen.

Hoher Parteitag, darum werden wir Ofsted [Office for Standards in Education, Children's Services and Skills, eine umstrittene nationale Evaluierungseinrichtung] abschaffen. Schulen werden nicht mehr nach einer Ziffernote beurteilt und auch nicht einem System ausgesetzt, das LehrerInnen aus den Klassenzimmern vergrault.

Ein neues Peer-Review-System wird unsere Schulen verbessern, unterstützt von den ExpertInnen in unseren Schulen, die mehr erreichen können, wenn sie für das gemeinsame Wohl zusammenarbeiten. Und eine neue, unabhängige Einrichtung wird sicher stellen, dass jeder Anbieter, von Kinderkrippen zur Universität die Bildung anbietet, die das Recht jedes Bürgers und jeder Bürgerin ist.

Dieses Recht werden wir auch dadurch schützen, dass wir die rasanten Kostensteigerungen für Schuluniformen beenden. Eltern werden derzeit dazu gezwungen, dafür Schulden zu machen. Kinder werden dazu gezwungen, Kleidung zu tragen, die ihnen nicht passt. Und die Tories brechen seit vier Jahren ihr Versprechen endlich dagegen vorzugehen. Wir werden klare Preisgrenzen vorsehen und wir werden den Skandal beenden, dass Kinder mit diesen Methoden aus Schulen gedrängt werden, die sich ihre Eltern nicht leisten können.

Hoher Parteitag, es ist fünfzig Jahre her, da hat [die linke Labour-Abgeordnete] Jennie Lee die Offene Universität erfunden. Als die Fertigstellung des Campus vor den anstehenden Unterhauswahlen wegen Bauverzögerungen auf der Kippe stand, da besuchte sie selbst die Baustelle und sprach mit den Bauarbeitern. Sie sagte ihnen, dass das nicht eine weitere Universität für anderer Leute Kinder war. Sondern für sie selbst. Der Campus wurde rechtzeitig fertig, weil die Arbeiter in ihrem Urlaub weiterbauten. Er steht heute noch.

Für mich bedeutet diese Geschichte unendlich viel, weil ich persönlich eine zweite Chance für meine Bildung brauchte. Vielen von uns ist gesagt worden „Vielleicht ist die Uni nichts für dich“. Aber wenn ein Bildungssystem nicht für jedermann ist, dann liegt das Problem nicht an uns, sondern am Bildungssystem.

Und deshalb werden wir ein gemeinsames, kooperatives Hochschulsystem etablieren. Mit akademischen und berufsbezogenen Bildungsangeboten auf Augenhöhe. Mit gemeinsamem Eigentum der Produktion, Verteilung und dem Austausch von Wissen.

Wir hören oft von den Werten, die durch Innovation und Investition geschaffen werden, aber selten von denen, die durch die Arbeitskraft geschaffen werden. Und doch werden die Ressourcen der new economy seltener aus dem Boden ausgegraben, als in den Köpfen der Beschäftigten entwickelt.

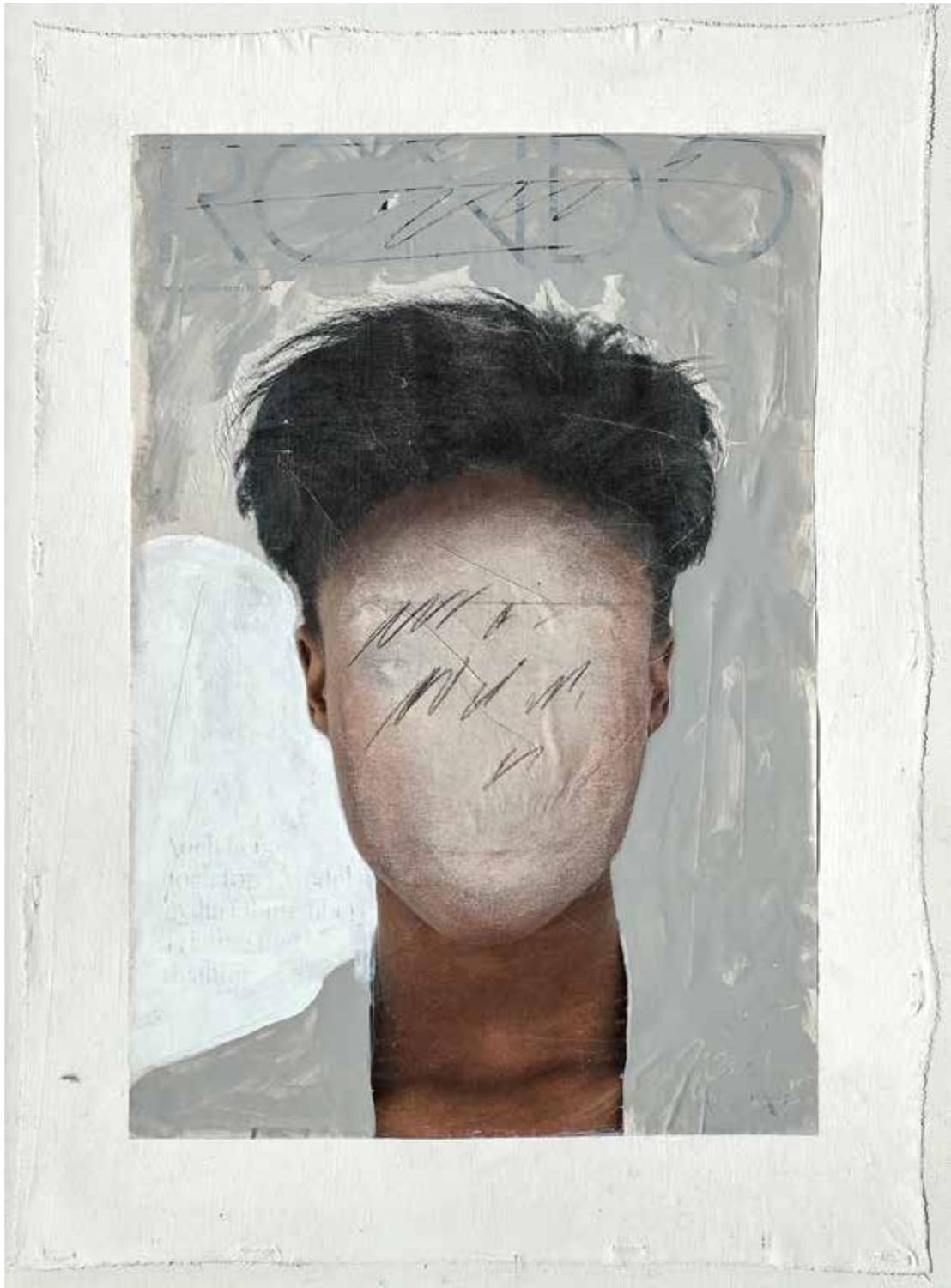
Und deshalb ist es auch nicht richtig, wenn die Tories sagen, wir wollen nur Geld ausgeben. Nein! Wir investieren! Wir investieren, damit die nächste Generation die vollen Kosten als Dividenden rückzahlen können. Und gleichzeitig werden wir eine Dividende einfahren, die viel wertvoller ist als jedes Geld der Welt: Die Verwirklichung menschlichen Potenzials.

Denn es sind nicht nur unsere Dienstleistungen und unsere Industrien, denen die Sparpolitik der Tories Schmerzen zugefügt haben. Es sind vor allem die Menschen, denen sie Schmerz zugefügt haben.

Hoher Parteitag – die Tories haben Großbritannien gebrochen. Aber wir werden es wieder aufbauen! 

ANGELA RAYNER

ist Schattenministerin für Bildung im Schattenkabinett von Jeremy Corbyn. Diese Rede hielt sie am Labour-Parteitag 2019, der von 20.-25. September in Brighton stattfand. Rayner wurde mit 16 Jahren schwanger und brach die Schule ab, arbeitete im Pflegesektor, wurde Betriebsrätin und schloss im zweiten Bildungsweg eine Ausbildung am Stockport College ab. 2015 wurde sie ins Unterhaus gewählt, seit 2016 ist sie im Schattenkabinett von Jeremy Corbyn für Bildungssagenden zuständig.



Josef Bauer

"Auswischungen", 2010–2018 © Belvedere, Wien

Foto: Johannes Stoll. Courtesy Josef Bauer; Krobath, Wien

Galerie Karin Guenther, Hamburg

„So haben wir das gemacht!“

In seiner Rede auf dem Labour-Parteitag skizzierte **John McDonnell**, wie eine künftige Labour-Regierung die britische Gesellschaft umbauen will. Dabei verbindet er den Ausbau betrieblicher Mitbestimmung und den Ausbau gewerkschaftlicher Rechte mit Arbeitszeitverkürzung, der Schaffung eines umfassenden, modernisierten Sozialstaates sowie einem staatlich gelenkten Investitionsprogramm zum sozial-ökologischen Umbau der britischen Wirtschaft.

Ich möchte eingangs den oftmals unbesungenen Helden meines Teams im Schatten- Schatzamt herzlichen Dank abstatten: Peter Dowd, dem Shadow Chief Secretary; Jonathan Reynolds, den Missionar, den wir in die Londoner City geschickt haben, um den Sozialismus zu predigen; Anneliese Dodds, die für unser Programm gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung verantwortlich zeichnet und die den „magischen Geldbaum“ [von dem Theresa May 2017 gesprochen hatte, um Forderungen nach höheren Staatsausgaben ins Lächerliche zu ziehen] auf den Cayman Inseln tatsächlich gefunden hat! Clive Lewis, der sich selbst unter Druck bringt, indem er unser radikales Programm für einen ökologischen Wandel voranbringt; Lyn Brown, die als soziales Gewissen unserer Partei dafür sorgt, dass alles was wir tun, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit sichern wird; Und Thelma Walker, die ihre Erfahrung als Schuldirektorin einbringt, um darauf zu achten, dass wir alle unsere Hausaufgaben machen und auch liefern.

Ich möchte aber gerade heute auch den Mitgliedern der Gewerkschaft GMB danken, die beim Online-Händler ASDA, einer Tochter des vermögenden Handelsriesen Wal Mart, mit Kündigung bedroht werden, wenn sie nicht verschlechternde Verträge akzeptieren. Liebe GenossInnen, wir stehen an eurer Seite und unterstützen euch mit ganzer Kraft, damit ihr euch dem druck dieser Rüpel nicht beugen müsst!

Ich möchte aber auch meinem Freund danken, der als Vorsitzender unserer Partei wirklich alles gibt. Was mich be-

sonders stolz auf ihn macht ist, wie er mit den persönlichen An- und Untergriffen der nationalen Schmutzpresse umgeht. Egal wie heftig er attackiert wird, er verkörpert genau jene menschliche und einfühlsame Politik, für die er seit vielen Jahren eintritt und steht.

Aber es gibt in diesem Land eine wirkliche Gefahr: Wir leben in einer Zeit tiefer Verunsicherung und der Gefahr für unser demokratisches System: Das ist das Ergebnis des Benehmens, der Sprache, des zynischen Opportunismus mancher Politiker der Rechten. Wir wissen aus unserer Geschichte, welche Kräfte von Politikern entfesselt werden können, die die Wahrheit verachten und die skrupellose Machtpolitik um der Macht willen betreiben. Politiker, die unsere Institutionen und Praktiken, unser Parlament, die Gerichte und die Herrschaft des Rechts attackieren, egal wie schädlich das für den Fortbestand unserer Demokratie ist. Das wirksamste Gegenmittel gegen diese Angriffe auf demokratische Regeln und Institutionen ist ein mehr an Demokratie!

EIN ZWEITES REFERENDUM

Deshalb ist es unser Ziel, dem Volk die Letztentscheidung über den Brexit zu geben, eine Entscheidung über einen Deal oder den Verbleib in der EU. Manche werden wissen, dass ich mich für Remain einsetzen werde. Aber lasst mich klar sagen, dass ich auch jene zutiefst respektiere, die sich für eine ernsthafte Alternative einsetzen. In unseren Debatten möchte ich, dass wir uns gegenseitig diesen Respekt erweisen

und dass wir unsere Partei zusammenbringen, so wie wir unser Land wieder zusammenführen müssen.

Deshalb warne ich auch jene [die Liberaldemokraten], die ohne demokratisches Mandat das Austrittsgesuch rückgängig machen wollen. Sie sollten sich fragen, welche Botschaft das sendet! Mein alter Professor Bernard Crick wurde einmal gefragt, wie er Sozialismus in einem Satz definieren würde. Er antwortete, Sozialismus sei die Herstellung von Gleichheit durch Demokratie.

Wir können nicht den Menschen sagen, dass wir ihnen demokratische Beteiligung in ihren Betrieben, in ihren Gemeinden, in ihrer nächsten Umgebung bringen möchten, aber wir trauen ihnen nicht zu, die Letztentscheidung zum Thema Brexit zu treffen. Nichts würde dem Vertrauen in demokratische Prozesse größeren Schaden zufügen. Wir würden das Vertrauen der Menschen riskieren, dass Demokratie unsere Welt verändern kann, das Potenzial, diesen Radikalismus und diese Hoffnungen in die Transformation unseres Lebens, in die Erfüllung des Glücks der Vielen zu verwandeln.

Leben zu verwandeln, das bedeutet zu allererst, genug zum Leben zu haben. Nicht nur, um sich irgendwie durchzuschlagen, sondern um ein glückliches und erfülltes Leben zu führen. Für Millionen Menschen ist das heute unmöglich. Sie kämpfen tagtäglich darum, bis zum Ende des Monats durchzukommen.

Das Leben der Menschen zu verändern, das heißt zu allererst, das Übel von Armut trotz Arbeit zu beenden. Labour stand und steht traditionell für eine Politik der Vollbeschäftigung. Wir waren immer davon überzeugt, dass einen Arbeitsplatz zu haben gleichbedeutend damit sein müsse, Armut zu überwinden. Aber unter den Tories wurde dieser Zusammenhang zwischen Arbeit und der Überwindung von Armut gebrochen. Deshalb verspreche ich heute: In unserer ersten Regierungsperiode werden wir den Zustand beenden, dass Menschen arm trotz Arbeit sind. Und das bedeutet, dass wir die Art und Weise, wie unser Wirtschaftssystem heute funktioniert grundlegend transformieren werden.

AUSBAU GEWERKSCHAFTLICHER RECHTE

Wir werden die Rechte von Gewerkschaften zur Gänze wiederherstellen. Das gesamte Arbeitsrecht wird wieder vom ersten Arbeitstag an zur Anwendung kommen. Wir werden

dafür sorgen, dass es in allen Branchen rechtsverbindliche Kollektivvertragsverhandlungen geben wird, damit ArbeiterInnen den gerechten Anteil an den Früchten ihrer Arbeit erlangen. Wir werden die Einführung des barbarischen Universal Credits [eine von den Tories eingeführte Obergrenze für Sozialleistungen] beenden. Wir werden die Mieten senken und eine Million leistbarer Wohneinheiten schaffen, damit gerade junge Menschen nicht länger gezwungen sind, sich finanziell auszubluten, um Miethaien überhöhte Mieten zu zahlen.

Aber beim Thema Arbeit geht es nicht nur um Löhne. Es geht um die Befreiung von Ausbeutung, es geht um Würde und Respekt, es geht darum, auch am Arbeitsplatz eine Stimme zu haben, die gehört wird. Dafür braucht es eine starke Gewerkschaftsbewegung und starke Kollektivverträge. Dafür braucht es aber auch, gerade bei den sozialen Dienstleistungen, die wir neu schaffen werden, eine Beteiligung der Beschäftigten NutzerInnen dieser Dienste am Management, statt einer Verwaltung durch weltfremde Bürokraten.

In großen Unternehmen werden ArbeitnehmerInnen ein Drittel der Verwaltungsräte bestimmen und ein Zehntel der Aktien wird den ArbeitnehmerInnen übertragen. Wir werden den gemeinnützigen Wirtschaftssektor verdoppeln. Egal wo man arbeitet, es wird ein Mitspracherecht geben.

Dabei geht es auch nicht nur um ein erfülltes Arbeitsleben. Wir sollten arbeiten, um zu leben, nicht leben, um zu arbeiten. Dank früherer Labour-Regierungen, vor allem aber dank der Gewerkschaftsbewegung ist die Wochenarbeitszeit in den hundert Jahren seit den 1860er-Jahren von 65 Stunden pro Woche auf 43 Stunden pro Woche in den 1970er-Jahren gesunken.

Eine immer reicher werdende Gesellschaft kann es sich leisten, weniger Stunden pro Woche zu arbeiten. Aber in den letzten Jahrzehnten ist der Fortschritt stehen geblieben. Die Menschen in unserem Land haben heute die längsten Vollzeit-Arbeitszeiten in Europa, abseits von Griechenland und Österreich. Und seit den 1980er-Jahren besteht auch der Zusammenhang zwischen steigender Produktivität und sinkender Arbeitszeit nicht mehr. Es ist Zeit, das wieder gerade zu rücken.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

Die nächste Labour-Regierung wird daher die notwendigen Schritte setzen, um innerhalb des nächsten Jahrzehnts

die durchschnittliche Vollzeit-Arbeitswoche auf 32 Stunden zu verkürzen. Eine kürzere Arbeitswoche ohne Lohnverlust.

Als ersten Schritt werden wir das Opt-Out aus der europäischen Arbeitszeitrichtlinie beenden. Wir werden bei den von uns geplanten branchenbezogenen Kollektivvertragsverhandlungen ein Verhandlungsmandat für kürzere Arbeitszeiten einräumen. Gewerkschaften und Arbeitgeber werden so in ihrer Branche gemeinsam entscheiden können, wie die Arbeitszeitverkürzung umgesetzt wird.

Wir werden auch eine Arbeitszeit-Kommission schaffen, die der Regierung Vorschläge für eine schnellstmögliche Ausweitung der gesetzlichen Urlaubsansprüche vorlegen wird, ohne die Arbeitslosigkeit zu erhöhen.

Während Millionen Menschen durch Überarbeitung erschöpft und ausgebrannt sind, werden viele nicht für das Arbeitszeitausmaß beschäftigt, das sie benötigen. Wir werden Arbeit auf Abruf und Arbeitsverträge ohne garantiertes Mindeststundenausmaß beenden. Unser „Real Living Wage“ wird sicherstellen, dass Menschen, die arbeiten, genug verdienen, um davon leben zu können. Wir wollen den Menschen Macht über ihr Arbeitsleben geben und wir wollen darüber hinaus die Demokratie in allen Lebensbereichen ausbauen.

AUSBAU DES SOZIALSTAATES

Wir wissen, dass die Wiederherstellung lokaler Demokratie besonders dringlich ist. Wir müssen die kommunalen Dienste wieder aufbauen, die von Konservativen und Liberaldemokraten zerschlagen wurden.

Meine Generation hat einen großen Schatz an öffentlichen Parks, Büchereien, Schwimmbädern und Freizeitzentren geerbt, die kostenlos oder kostengünstig waren. In viel zu vielen Fällen wurde sie zugesperrt, privatisiert oder so verteuert, dass sie von den Menschen, für die sie gebaut wurden, nicht mehr genutzt werden können. Diese öffentlichen Güter haben für Millionen von uns die Grundlage für eine höhere Lebensqualität gebildet. Und sie waren Teil unseres starken Wohlfahrtsstaates, den unsere Bewegung erkämpft und aufgebaut hat und der kostenlose Dienstleistungen und Angebote zur Verfügung gestellt hat, die das Leben lebenswerter gemacht haben.

Wir dürfen unseren Ehrgeiz aber nicht darauf beschrän-

ken, die Schäden wieder gut zu machen, den die Tories die letzten neun Jahre angerichtet haben. Wir müssen weiter gehen. Wir werden daher heute unseren Plan für Universelle Basisdienste veröffentlichen, der unserer Überzeugung Rechnung trägt, das jeder und jede ein Recht auf ein gutes Leben haben und dass der Staat die Verantwortung hat, dieses Recht durchzusetzen.

Als SozialistInnen sind wir davon überzeugt, dass Menschen ein Recht auf Bildung, Gesundheit und ein Zuhause in einer sicheren Umgebung haben, aber ja, auch auf Zugang zu Kultur und Erholung. Und ich bin zutiefst davon überzeugt, dass das Recht auf Würde in der Pension ein Teil des Rechts auf Gesundheit ist.

Die Wahrheit ist, dass unser aktuelles Pflegesystem ein nationaler Skandal ist. Fast acht Milliarden Pfund wurden den Gemeinden seit 2010 für Pflegeleistungen vorenthalten. Das Ergebnis ist, dass eine Million Menschen nicht die Leistung bekommen, die sie brauchen würden. 87 Menschen sterben täglich, während sie auf Pflegeleistungen warten. Die Last tragen fünf Millionen Menschen, vor allem Frauen, die unbezahlt Pflegearbeit für ihre Verwandten leisten. Und unterbezahlte, überarbeitete Pflegekräfte, die gerade einmal zehn Minuten für jeden Klienten haben, den sie besuchen, weil das System für mehr nicht bezahlt.

Und dabei hat ein Bericht erst letzte Woche gezeigt, dass große Pflegeanbieter sehr komplexe Konzernstrukturen entwickelt haben, die Offshore-Steuerparadiese beinhalten und damit noch mehr Geld aus dem System absaugen.

Nach jahrelangen Kampagnen von Gewerkschaften und Pflegekräften wird die nächste Labour-Regierung daher ein nationales Pflegesystem etablieren und im ersten Schritt kostenlose Pflegeleistungen in England anbieten. Finanzieren werden wir das nicht durch irgendwelche halbseidenen Versicherungsmodelle. Wir werden, nach dem Vorbild unseres Gesundheitssystem die Finanzierung durch allgemeine Steuern sicherstellen. Und wir werden gewerkschaftliche Forderungen erfüllen, in die Arbeitskräfte investieren und sicherstellen, dass sie wie Gemeindebedienstete bezahlt werden, und vernünftige Arbeitsbedingungen vorfinden, um hochqualitative Pflege anbieten zu können.

Und wir werden schrittweise diese Dienste wieder in öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle rückfüh-

ren. Wir werden dafür sorgen, dass die Gemeinden nach Jahren rücksichtsloser Kürzungen wieder die notwendigen Ressourcen haben, um Kapazitäten für Pflegeheime und mobile Pflege aufzubauen. Dafür werden wir alle Dienstleister – ob öffentlich, privat oder gemeinnützig – verpflichten, sich an ethische Standards und strenge Kriterien zu halten. Denn nichts ist wichtiger als dafür zu sorgen, dass diejenigen ihren Lebensabend in Würde verbringen können, die unser Land aufgebaut haben. Und ich möchte Barbara Keeley ausdrücklich für die harte Arbeit danken, die sie auf diesem Sektor geleistet hat.

DAS ÜBERLEBEN UNSERES PLANETEN SICHERN

So wichtig uns diese universellen Rechte sind, gibt es dennoch nichts Wichtigeres als das Recht zu überleben, als das Überleben unseres Planeten.

Ich denke, wenn HistorikerInnen über das Jahr 2019 schreiben werden, wird das wichtigste Ereignis dieses Jahres nicht sein, dass ein unfähiger Tory-Premierminister eine unfähige Tory-Premierministerin abgelöst hat. Es wird der Umstand sein, dass der Klimawandel als wichtigste politische Frage auf die nationale Politik-Agenda gesetzt wurde. Niemand hat sich im Parlament mehr damit beschäftigt als Sue Hayman and Rebecca Long-Bailey. Sie haben den Weg dafür bereitet, dass das Parlament im Mai den Klimanotstand erklärt hat.

Außerhalb des Parlaments möchte ich vor allem der Schulstreik-Bewegung und „Extinction Rebellion“ größte Anerkennung zollen. Ich bin stolz, mit ihnen marschiert zu sein und demonstriert zu haben. Sie haben die ältere PolitikerInnen-Generation in die Pflicht genommen, sich mit dem Klimanotstand auseinanderzusetzen. Jetzt ist es entscheidend, dass die ArbeiterInnenbewegung weiterhin ihre Solidarität mit diesen jungen Menschen zeigt und mit ihnen diesen Kampf führt.

Ich für meinen Teil werde sicherstellen, dass das Schatzamt alle Ressourcen einsetzt, die notwendig sind, um unsere Verpflichtungen einzuhalten. Wir werden eine Behörde für nachhaltige Investitionen schaffen, um die Notenbank und die unterschiedlichen Regierungsressorts zu koordinieren und wir werden 250 Milliarden Pfund durch unseren nationalen Transformationsfonds in grüne Investitionen stecken. Weitere 250 Milliarden werden durch unsere Nationale Investitions-

bank und regionale Entwicklungsbanken an Krediten zur Verfügung stellen.

Und während eine Labour-Regierung vorangehen wird, werden wir die notwendigen Reformen umsetzen, um sicherzustellen, dass der Finanzsektor nicht gleichzeitig weiter Geld in CO₂-intensive Branchen steckt. Dadurch werden wir weitere Milliarden freimachen, um einen europaweiten Green New Deal und die Erreichung unserer Klimaziele sicherzustellen.

Wir werden Finanzressourcen in einem seit der Nachkriegszeit nicht gekannten Ausmaß mobilisieren, um das Ziel einer nachhaltigen Zukunft mit dem Ziel einer lebenswerteren Gegenwart zu verbinden.

Beim Internationalen Sozialforum diesen Juli habe ich unsere volle Unterstützung für den sozialistischen Internationalismus bekräftigt. In der Ersten Industriellen Revolution zählte Großbritannien zu den ersten Hauptverursachern des Klimawandels und das hat ein dauerhaftes Erbe auch für den globalen Süden hinterlassen. Als Teil unserer Wiedergutmachung werden wir kostenlosen oder günstigen Zugang zu neuen, grünen Technologien für den globalen Süden als Teil unserer Grünen Industriellen Revolution garantieren. Gemeinsam mit anderen Ländern und sozialen Bewegungen werden wir globale Antworten auf den Klimawandel voranbringen.

DIE HOFFNUNG EINER NEUEN WELT

Es gibt ein altes Gewerkschaftslied „Die Sache der ArbeiterInnen ist die Hoffnung der Welt“. Hier in Großbritannien ist die Labour Party die Trägerin dieser Hoffnung. Die Hoffnung auf eine Welt, in der die Reichtümer unseres Planeten gerecht verteilt sind. Die Hoffnung auf eine Welt, in der alle die Möglichkeit haben, ihr volles Potenzial zu entwickeln.

Diese Welt werden wir nicht von heute auf morgen schaffen. Und niemand sagt, dass es einfach wird. Und lasst euch von niemandem sagen, dass wir nicht auf massive Widerstände stoßen werden. Aber ich bin überzeugt – unsere Zeit kommt. Unsere Zeit, um an der historischen Mission zu arbeiten, die Fundamente einer neuen Welt zu bauen.

Wenn euch eure Kinder dereinst fragen werden:

„Wo wart ihr, als man Menschen einfach auf der Straße hat schlafen lassen?“

„Wo wart ihr, als sich Familien in Schlangen vor Sozialmärkten angestellt haben, um etwas zu essen zu kriegen?“

„Wo wart ihr, als die Tories unser Land an Donald Trump verkaufen wollte?“

„Wo wart ihr, als der Klimawandel unseren Planeten und unsere ganze Existenz bedroht hat?“

Dann möchte ich, dass ihr alle sagen könnt:

„Ich habe die Wohnungen und die öffentlichen Dienstleistungen geschaffen, die die Menschen brauchten.“

„Ich habe dafür gesorgt, dass alle genug zu essen und gut versorgt waren.“

„Ich habe dafür gesorgt, dass niemand in Armut leben muss.“

„Ich habe unseren Planeten gerettet, indem ich dem Klimawandel entgegengetreten bin.“

„Ich habe die Fundamente einer neuen Gesellschaft gelegt, die so stark sind, dass sie auch die Tories nicht mehr zerstören können.“

Und wenn ihr gefragt werdet: „Wie habt ihr das gemacht?“
Dann könnt ihr ihnen sagen: „Ich habe die Labour Party unterstützt, ich bin der Labour Party beigetreten, ich habe für Jeremy Corbyn gestimmt. So haben wir das gemacht!“ 🌍

JOHN MCDONNELL

ist im Schattenkabinett von Jeremy Corbyn als Schatzkanzler für öffentliche Budgets und Wirtschaftspolitik zuständig und gilt als engster Verbündeter des Labour-Parteivorsitzenden.



Josef Bauer
"Körpergalerie", 1974, Foto: Josef Bauer.
Courtesy Josef Bauer; Krobath, Wien
Galerie Karin Guenther, Hamburg

Das Konzept der medianen Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wolfgang Edel Müller ortet in der Sozialdemokratie eine strukturelle Erstarrung, die es durch eine basisgetriebene Öffnung der Partei und deren Demokratisierung zu überwinden gelte. Darauf basierend müsse die Sozialdemokratie in der Tradition der ArbeiterInnenbewegung auf Basis wissenschaftsbasierter Analysen den wirtschaftlichen und sozialen Interessensausgleich im modernen Kapitalismus wieder herstellen.

Die sozialdemokratische Idee ist wichtiger denn je, aber der real existierende Sozialdemokratismus ist am Ende. Es gibt in den sozialdemokratischen Parteien zu viele leitende FunktionärInnen, die in ihrem selbstbezogenen Auftritt den Eindruck hinterlassen, die Sozialdemokratie gäbe es bloß zu dem Zweck, um ihnen und ihren Seilschaften eine politische Karriere zu ermöglichen. Diese hermetischen Parteiruinen aus rivalisierenden Organisationsinseln von BerufspolitikerInnen, ihren Cliques und Claqueuren, die ohne Rücksicht auf die politischen Schadensfolgen für die sozialdemokratische Bewegung ihr eigenes Süppchen am Kochen halten, sind chancen- und zukunftslos. Denn nichts liegt in der heutigen Gesellschaft der fortschreitenden Präkarisierung der unteren Bevölkerungshälfte klarer auf der Hand: Eine Sozialdemokratie, die nicht sozialdemokratisch handelt, braucht niemand! Und sie wird daher auch von immer weniger BürgerInnen gewählt. Die Sozialdemokratie bezieht ihre Daseinsberechtigung primär aus der durch die ArbeiterInnenbewegung tradierten Mission, den wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich („den gesellschaftlichen Zusammenhalt“) sicherzustellen, um die wechselseitige Vereinbarkeit von prosperierendem Kapitalismus und freiheitsfördernder Demokratie zu gewährleisten. Die Sozialdemokratie ist die einzige GarantIn von sozialer Sicherheit und demokratischer Freiheit im modernen Kapitalismus.

EIN EUROPÄISCHES PHÄNOMEN

Um keine Irrtümer aufkommen zu lassen, das ist keinesfalls allein ein österreichischer Befund, sondern beschreibt den Zustand vieler sozialdemokratischer Parteien in Europa. Man nehme bloß das erschütternde Beispiel der SPD. Nach seiner Rückkehr aus Brüssel wurde Martin Schulz auf einer spontanen Welle der Euphorie mit einhelliger DelegiertInnenzustimmung an die Spitze der Partei getragen. Und die Begeisterung ist prompt auf das deutsche Elektorat überggesprungen, die SPD wurde in den demoskopischen Analysen zeitweilig über die dreißigprozentige Präferenzmarke katapultiert. Aber die sozialdemokratischen Cliques und ihre Claqueure konnten aus dem Schulz-Hype nichts machen. Ganz im Gegenteil, sie gerieten in der Stunde des greifbaren Erfolgs in eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise und die SPD erreichte schlussendlich bei der deutschen Bundestagswahl im September 2017 einen historischen Tiefststand an WählerInnenzustimmung von kaum mehr als einem Fünftel. Schulz wurde daraufhin in die Wüste geschickt, um durch die erste weibliche Vorsitzende in der langen Geschichte der Partei ersetzt zu werden. Andrea Nahles hat als „Trümmerfrau“ der deutschen Sozialdemokratie, die eine politische Stabilitätsverpflichtung in Form einer Groko-Beteiligung glaubte einlösen zu müssen, nicht lange überlebt. Sie wurde von denselben männlichen Polittruks, die zuvor alle Chancen der Schulz-Begeisterung vertan hatten, um-

gehend aus dem Amt der Vorsitzenden gemobbt. Und seither kann eine erstaunte Öffentlichkeit die Agonie des langsamen Verendens der SPD beobachten – bis sie endlich auf die unbedeutende Größe eines Erinnerungsvereins der deutschen ArbeiterInnenbewegung geschrumpft ist.

Oder man nehme das Beispiel des italienischen PD. Just in dem Augenblick, als die linke Sammlungsbewegung in einem Koalitionsbündnis mit dem Movimento 5 Stelle in die Regierung zurückkehrt, um der drohenden Neofaschisierung Italiens durch den „Salvinismo“ Einhalt zu gebieten, spalten der vormalige Ministerpräsident Matteo Renzi und seine Clique die Partei, weil sich dieser egomanische Bajazzo nicht vorstellen kann, dass es die politische Sache des PD auch ohne seine führende Beteiligung geben kann. Oder man nehme das Beispiel des spanischen PSOE, wo Pedro Sanchez nach seiner doppelten Wiederkehr als Generalsekretär und Ministerpräsident die sozialdemokratische Regierungschance an einen risikoreichen Wahlwiederholungszwang zu opfern droht, nur weil er sich mit den Unidos Podemos nicht auf eine vernünftige Teilung der Regierungsmacht einigen kann. Wobei die UP ohnehin aus der politischen BürgerInnennotwehr gegen die neoliberalen Abirrungen vergangener PSOE-Regierungen und deren krisenhaften Folgen hervorgegangen sind.

DIE VERTANE CHANCE DER SPÖ

Aber man braucht auch das österreichische Beispiel nicht zu scheuen. Nach Christian Kerns panischer und hakenschlagender Flucht aus der Politik ins Geschäft wurde der oppositionelle „Bihänder“ in die Hände von Frau Doktorin Pamela Rendi-Wagner übergeben. Wobei der politische Notfalleinsatz der beruflich höchst erfolgreichen Ärztin eine ungeahnte Chance eröffnet hat. Denn sie ist nicht nur die erste weibliche Vorsitzende in der 130-jährigen Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, sondern geradezu das wandelnde Testimonial für den Erfolg der sozialdemokratischen Reformpolitik Kreisky'scher Provenienz: als Tochter einer alleinerziehenden Mutter „aus dem Gemeindebau kommend“, über den höheren Bildungsweg zur promovierten Medizinerin mit internationaler wissenschaftlicher Forschungserfahrung aufgestiegen, Fortsetzung der beruflichen Laufbahn als Spitzenbeamtin im österreichischen Gesundheitswesen, Ernennung zur Gesundheitsministerin, „working mom“ zweier minderjähriger Töchter mit Familienverantwortung, mitten im Leben und am Anfang einer vielversprechenden politischen Karri-

ere stehend – und voll begeisterungsfähiger sozialdemokratischer Kompassion, womit sie emotional bei ihrem historisch legendären Berufskollegen und Vorgänger, dem bürgerlichen Armenarzt Victor Adler, anschließt, dem die Einigung der widerstreitenden Strömungen in der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung gelungen ist.

Aber die bornierten Berufsfunktionäre beiderlei Geschlechts, die das Risiko und die Mühen der Vorsitzführung gescheut haben, erkennen nicht einmal die unmittelbare Chance, die von der Lebensgeschichte und der Aufgeschlossenheit dieser jungen Vorsitzenden ausgeht. Dass sie nämlich geradezu den konzentrierten Gegenentwurf zum „talentierten Herrn Kurz“ verkörpert, einem Studienabbrecher aus bürgerlichem Hause, der nicht viel mehr (aber das umso gründlicher) als öVP-Politik und deren Kernkompetenz des klientelistischen Machtopportunismus gelernt hat. Und daher wurde auch nicht – wie man das hätte erwarten können – eine schützende „Wagenburg“ um die Newcomerin gebildet, um ihr eine schrittweise Einarbeitung in die herausfordernde Rolle der sozialdemokratischen Parteivorsitzenden und Spitzenkandidatin entlang einer Gegenerzählung aus eigener Authentizität zur unsäglichen Selbstdarstellung des vereinigten Rechtspopulismus der Kurz-Strache-Regierung zu ermöglichen. Vielmehr wurde sie dem abstumpfenden Dunst des sozialdemokratischen Gremienobskurantismus ausgesetzt. Und es wurden zahlreich die Prügel hervorgeholt, die man ihr, die als „Quereinsteigerin“ nur schwer Zugang fand zu den beserwisserischen Funktionärsklüngel und ihren Claqueuren, vor die Füße werfen konnte.

EINE BASISINITIATIVE ZUR ÖFFNUNG

Trotz aller vermeidbaren Widrigkeiten hat sie sich wacker geschlagen. Jetzt braucht sie nur mehr zurückzuschlagen, um die zukunftsvergessenen QuertreiberInnen in die Schranken zu weisen. Damit der Weg freigekämpft werden kann für eine geöffnete und offene sozialdemokratische Bewegungspartei, deren Organisationswege aus der selbstbezogenen Isolierung der Cliquespartei herausführen in das freie Feld der Zivilgesellschaft, um den völlig verlorenen Zugang zur unteren Bevölkerungshälfte und ihren drückenden sozialen Problemen wiederzugewinnen. Dazu braucht die Vorsitzende ohne Hausmacht aber die Unterstützung einer stark promotierten „Sozialdemokratischen Initiative“. Diese Initiative sollte ein Netzwerk bilden all jener, die es nicht länger ertragen wollen, dass die Sozialdemokratie durch die Kleinbürgereien ihrer

eigenen FunktionärInnen aller Chancen beraubt wird. Denn der Glaube, die Partei könne sich allein aus dem abgeschoteten und intransparenten Inneren der Organisation ohne reformentschlossenes Gegengewicht, das die Unterstützung der potenziellen WählerInnen von außen mobilisiert, erneuern, ist pure Illusion.

Beispiele gefällig? Der Tiroler Landesparteivorsitzende Dornauer gegen die Parteivorsitzende laut „Kurier“ vom 30.09.2019: „Der klassische FPÖ-Wähler wählt keine Frau mit Doppelnamen.“ Oder ein resignierter Bürgermeister Ludwig laut „Standard“ vom 01.10.2019 angesichts des FPÖ-WählerInnenstroms vorbei an der SPÖ zu den NichtwählerInnen und zur Kurz-ÖVP: „Warum sollte ein enttäuschter FPÖ-Wähler nahtlos zur SPÖ wechseln?“ Oder Landeshauptmann Doskozil laut „Standard“ vom 10.08.2018: „Wir dürfen keine links-grüne Fundi-Politik betreiben. Da schaffen wir uns selbst ab.“ Doch das ständige Anheulen des rechtspopulistischen Mondes als Gegenprogramm zur „links-grünen Fundi-Politik“ ist Werbung für die Rechten, des Schmiedels für den Schmied!

Eine Sozialdemokratische Initiative sollte eine Verbindungsplattform zwischen den kritischen Kräften innerhalb der Partei sein, die sich entschlossen hinter die Parteivorsitzende stellen, und den vielen SympathisantInnen am Rande und außerhalb der Partei, die sich in den zivilgesellschaftlichen Organisationen, in den Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftsbereichen, in der kleinteiligen KMU- und EPU-Wirtschaft, unter aufgeklärten ManagerInnen, in der staatlichen Wohlfahrt, in den kirchlichen Institutionen und religiösen Vereinen oder ganz einfach als politisch interessierte BürgerInnen finden. Innerparteilich sollten sich in der Initiative linke und progressive FunktionärInnen und Mitglieder der Jugend- und Frauenorganisationen, der kritischen Themensektionen, sonstiger dialogbereiter Teilorganisationen, der Gewerkschaftsbewegung, der sozialdemokratischen PensionistInnen und aller Vorfeldorganisationen zusammenschließen, um auf Basis einer ausschließlich persönlichen „Reformpartnerschaft“ die Brückenfunktion für die Partei nach außen in die Breite der Gesellschaft zu organisieren. Unter Nutzung der „Gastmitgliedschaft“, aber mit vollen Mitgliederrechten, sollte allen Interessierten ein unkomplizierter und niederschwelliger Zugang ermöglicht werden, die von einem paritätischen Kollektiv aus Mitgliedern und Gastmitgliedern geleitet wird, das aus einer direkt-demokratischen Urwahl hervorgeht. Der Organisationsaufwand wird durch persönliche Mitgliedsbeiträge

und transparente Spenden finanziert. Die Initiative sollte sich auf zwei zentrale Aufgaben fokussieren: Durch die unkomplizierte Öffnung der SPÖ trägt sie dazu bei, eine moderne und zeitgemäße sozialdemokratische Bewegungspartei zu entwickeln, die eine demokratische Revolution in der Parteiorganisation auslöst, sodass Leitungsfunktionen in den Gremien (einschließlich Parteivorsitz) und politische Weichenstellungen (einschließlich Regierungseintritt auf allen bundesstaatlichen Körperschaftsebenen) zukünftig nur mehr durch Direktwahl (einschließlich Gastmitgliederbeteiligung) bestimmt werden. Und Verbreitung der sozialdemokratischen Idee durch eine aufklärungsbereite und massentaugliche Veranstaltungs- und Kommunikationskultur, die einen Zugang in die Gesellschaft in ihrer vollen Breite und Tiefe erschließt. Beide Kernaufgaben erfordern eine sozialdemokratische Erzählung, die von der „Mitte der Gesellschaft“ (im Gegensatz zur politischen Mitte und ihrer Mittelmäßigkeit) handelt. Diese möchte ich unter dem Arbeitstitel „mediane Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ansatzweise ausführen.

EINE POLITIK DER MITTE DER GESELLSCHAFT

Der Median („Zentralwert“), von dem das Attribut der betreffenden sozialdemokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik abgeleitet wird, ist eine statistische Maßzahl, von der eine nach Einzelgrößen geordnete Datengrundgesamtheit in zwei Hälften geteilt wird, sodass die aufsteigend geordneten Einzeldaten der oberen Datenhälfte stets größer als der Median und die absteigend geordneten Einzeldaten der unteren Datenhälfte stets kleiner als der Median sind. Der Median bezeichnet daher die exakte Mitte einer auf- oder absteigend geordneten Datenmenge. In der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung wird das Maßzahlenkonzept des Medians zur Ermittlung der „gesellschaftlichen Mitte“ an Hand bestimmter Datenmerkmale angewendet. So lässt sich beispielsweise an Hand des Datenmerkmals „verfügbares Haushaltseinkommen“ der Zentralwert sämtlicher gleichartig erhobener Haushaltseinkommen einer Volkswirtschaft oder eines Wirtschaftsraumes bestimmen, sodass an Hand der „Mitte der verfügbaren Haushaltseinkommen“ die Rangordnung der oberen Hälfte und die Rangordnung der unteren Hälfte der verfügbaren Haushaltseinkommen ermittelt werden kann. Daraus lassen sich zwei Grunderkenntnisse ableiten: Kann man vom „mittleren verfügbaren Haushaltseinkommen“ einer Volkswirtschaft gut leben? Und wie groß sind die oberen und unteren Abstände der verfügbaren Haushaltseinkommen zu ihrem Zentralwert? So kann man

die Rangposition jedes einzelnen verfügbaren Haushaltseinkommens mit seinem oberen oder unteren Abstand zum Zentralwert bestimmen. Aus Gründen der statistischen Vereinfachung und Veranschaulichung können die Rangpositionen zu Quantilen in Form von gleichteiligen Prozentmengen (50% oder die Hälfte als Median, 33,3% oder ein Drittel als Terzil, 25% oder ein Viertel als Quartil, 20% oder ein Fünftel als Quintil, 10% oder ein Zehntel als Dezil, 1% oder ein Hundertstel als Perzentil) zusammengefasst werden, um Rangpositionen an bestimmten Punkten der Prozentskala zu bestimmen, die absteigende oder aufsteigende Vergleiche der Verteilung an Hand weniger konzentrierter Daten ermöglichen. Und durch Festlegung der größenmäßigen Grenzen der Verteilungsabweichung vom Median z.B. nach Kriterien der Auskömmlichkeit der verfügbaren Haushaltseinkommen für ein „gutes Leben“ (angenommen +/- 20% vom Zentralwert) kann der quantitative Umfang der unteren, mittleren und oberen Einkommenschichten ermittelt werden.

WER IST DIE MITTELSCHICHT?

Vom vielleicht kompliziert klingenden, aber in Wirklichkeit ziemlich einfachen und aufklärungsfähigen Zentralwertverfahren der Statistik führt ein direkter Weg zu einer sozialdemokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in der „Mitte der Gesellschaft“ verankert ist und um zwei zentrale Fragenkomplexe und Herausforderungen kreist: Wie ist die Mitte der Gesellschaft sozial-ökonomisch beschaffen, wie breit ist die eigentliche („mediane“) Mittelschicht, wie gut leben die BürgerInnen in der gesellschaftlichen Mitte und welche reformerischen Verbesserungserfordernisse für ein „gutes Leben in der Mitte der Gesellschaft“ sind geboten. Und welche wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen sind notwendig, um die untere Bevölkerungshälfte in die „Mitte der Gesellschaft“ zu holen und dort dauerhaft zu halten, sodass es nie mehr eine abgehängte „Unterschicht“ (euphemistisch: eine „untere Mittelschicht“) gibt, in der die Menschen in ihrem je einzigen Leben gezwungen werden, am „guten Leben in der Mitte der Gesellschaft“ vorbei zu vegetieren. Daraus wird klar ersichtlich, dass die mediane Wirtschafts- und Sozialpolitik in mehrfacher Hinsicht an die wertvollen politischen Traditionen der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung anschließt: In der Überlieferung des „wissenschaftlichen Sozialismus“ ist sie eine empirisch-wissenschaftlich fundierte Politik, die von der Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit ausgeht, wie sie in den vielen historischen Studien zur „Lage der Arbeiterklasse“ von Friedrich

Engels bis Marie Jahoda vorbildhaft angestellt wurde. In der Überlieferung des egalitären Sozial- und Wohlfahrtsstaats zielt sie auf das etatistische Konzept der wohlfahrtsorientierten („gemeinwohlorientierten“) Gesellschaftsgestaltung, in der die formal-demokratische Gleichheit der BürgerInnen ein materielles Fundament aus sozialer Sicherheit durch wirtschaftlichen Ausgleich erhält. Und in der Überlieferung des „demokratischen Sozialismus“ orientiert sie sich an der konkreten Utopie des „guten Lebens“, die von Marx („Reich der Freiheit“) bis Keynes („to live wisely and agreeably and well“) und vielen anderen DenkerInnen der fortschrittlichen Wissenschaften stets als das beherrschende Thema der demokratischen Vollendung in Gleichheit und Freiheit aufgefasst wurde und wird.

EIN REALES BILD VON DER MITTE

Über eine geeignete Anzahl von Datenmerkmalen, die ausschlaggebend für die sozial-ökonomische Lage in einer Volkswirtschaft sind, lässt sich durch das Zentralwertverfahren ein ziemlich exaktes Bild von der „Mitte der Gesellschaft“ zeichnen. Wobei das oben beispielhaft angeführte „verfügbare Haushaltseinkommen“ nur ein Element in einer wohlüberlegten Menge von Datenmerkmalen darstellt, die einen deutlich indikativen Aussagewert für die sozial-ökonomische Lage eines Haushalts haben. (Und es ist nicht einmal gesagt, dass das verfügbare Haushaltseinkommen den besten Indikator für die Einkommenslage ergibt; oder ob das „individuelle Äquivalenzeinkommen“, bei dem das verfügbare Haushaltseinkommen bedarfsquotengerecht an die Haushaltsmitglieder verteilt wird, nicht eine höhere Aussagekraft beinhaltet.) Neben dem verfügbaren Einkommen wird die Vermögensverfügbarkeit ein wesentlicher Indikator der sozial-ökonomischen Lage sein, eventuell unterteilt in individuell nutzbares Realvermögen (z.B. Wohnungseigentum und dauerhafte Konsumgüter), Rückhalt bietendes Finanzvermögen (z.B. Ersparnisse und individuelle Vorsorgen) und Kapitalvermögen (z.B. direkter oder anteiliger Unternehmens-, Real- und Finanzvermögensbesitz). Aber auch qualitative Datenmerkmale, die in messbare Größen übersetzt werden, spielen eine entscheidende Rolle, so beispielsweise die Beanspruchungsdensität öffentlicher Infrastruktur im Bildungs-, Gesundheits-, Sozial- und Kulturbereich („Nutzungsgrad öffentlicher Güter“), die einen entscheidenden Einfluss auf die individuelle Lebensqualität haben. Es ist also evident, dass mit der Wahl der Anzahl und Inhalte von Datenmerkmalen eine normative Entscheidung über die bestimmenden Indikatoren der sozial-

ökonomischen Lage in einer Volkswirtschaft getroffen wird. Damit ist zwangsläufig auch eine Vorstellung über das „gute Leben“ und seine wesentlichsten Kriterien verbunden. Und die Ermittlung der Mediane von Datenmerkmalen, die nach den Kriterien eines „guten Lebens“ ausgewählt werden, liefert in ihrer Zusammenschau ein empirisch überprüfbares und politisch anwendbares Bild der sozial-ökonomischen Lage in der „Mitte der Gesellschaft“.

In den Überprüfungsbereich der medianen Empirie fällt die Frage, inwieweit die feststellbaren Größen der gewählten Datenmerkmale tatsächlich dem angestrebten „guten Leben in der Mitte der Gesellschaft“ entsprechen bzw. welcher verbesserungsfähiger Reformbedarf erforderlich ist, um die „Mitte der Gesellschaft“ der Vorstellung von einem „guten Leben“ anzunähern. Und erst recht, wie groß der messbare Verteilungsabstand zur unteren Bevölkerungshälfte ist bzw. welche Dringlichkeiten an nachhaltigen Reformen geboten sind, um die „unteren Mittelschichten“ auf das sozial-ökonomische Niveau der medianen Lebensverhältnisse zu bringen. Zwar kann man davon ausgehen, dass in den entwickelten Volkswirtschaften der EU die Lebensverhältnisse in der Mitte der Gesellschaft einen einigermaßen sicheren Schutz vor Armutgefährdung bieten, also der Grad der sozialen Sicherheit relativ gefestigt ist, aber unter dem anhaltenden Austeritäts- und Verteilungsregime der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die Breite der „medianen Mittelschichten“ deutlich geschrumpft und haben sich die Messergebnisse für entscheidende Kriterien eines „guten Lebens“ auch in der Mitte der Gesellschaft teilweise signifikant (und in manchen EU-Ländern dramatisch) verschlechtert. Es ist daher wichtig, dass die mediane Empirie nicht nur in ihrer räumlichen Dimension, die Abweichungs- und Verteilungsergebnisse zu einem bestimmten Zeitpunkt misst, sondern auch intertemporal im Stil von Zeitreihenanalysen angewendet wird, um Veränderungen im Zeitablauf zu ermitteln. Gerade bei Kernmerkmalen zur sozial-ökonomischen Lage wie beispielsweise bei der Realeinkommensentwicklung im Vergleich zum volkswirtschaftlichen Produktivitätswachstum ist es von wesentlicher Bedeutung, wie sehr die Kaufkraft der mittleren Einkommenschichten mit der Produktivitätsentwicklung Schritt hält bzw. wie weit untere und obere Realeinkommensentwicklungen vom Produktivitätspfad abweichen, also bei den unteren Einkommenschichten zurückbleiben und bei den oberen Einkommenschichten vorausseilen.

VOLLBESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

In den Anwendungsbereich der medianen Empirie fällt die Frage, mit welcher Art von konkreter Wirtschafts- und Sozialpolitik das „gute Leben in der Mitte der Gesellschaft“ abgesichert oder entwickelt werden kann. Und erst recht, welche wirtschafts- und sozialpolitischen Leitprojekte über das Potenzial verfügen, im gegenwärtig stattfindenden Leben der sozial unterschiedlich bedrängten Menschen der unteren Bevölkerungshälfte einen Aufstieg in die Mitte der Gesellschaft mit ihren erstrebenswerten Lebensverhältnissen nachhaltig zu ermöglichen. Im Sinne beispielhafter Anschaulichkeit soll das wirtschaftspolitische Leitprojekt „Vollbeschäftigung“, das auf der Prioritätenliste der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik einen erkennbaren Bedeutungsverlust erlitten hat, ansatzweise erläutert werden. Vollbeschäftigung ist keine simple Zielkategorie, weil sie die Klärung der Arten von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, der wesentlichen Ursachen und anzuwendenden Messverfahren, der unterschiedlichen Verbreitung und der bestimmenden Einflussfaktoren für die primäre Einkommensverteilung in der unteren Bevölkerungshälfte und in der gesellschaftlichen Mitte voraussetzt. Und weil das Vollbeschäftigungsziel nur dann seinen maximalen wirtschaftlichen Nutzen erreicht, wenn es mit einem auskömmlichen Reallohniveau für die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung verbunden ist.

Für die Erreichbarkeit von Vollbeschäftigung zu qualitätsgesicherten Arbeits- und existenz- wie wohltandsichernden Einkommensbedingungen steht ein ganzes Bündel von wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen zur Verfügung, die angebots-, wie nachfrageseitige Hebel in Bewegung setzen. Sie umfassen in erster Linie die Bereitschaft zu einer budgetexpansiven Steuerung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage durch den Staat gemäß den Erfordernissen der Beschäftigungslage, eine verteilungsorientierte Arbeits(zeit)politik zur Dämpfung der strukturellen Beschäftigungsfolgen des technischen Fortschritts und der innovativen Produktivitätssteigerung (mit besonderer Aktualität vor dem Hintergrund der Digitalisierung), eine konsequente Bildungs- und Ausbildungsförderung in einem egalitär zugänglichen und öffentlich finanzierten Bildungssystem für alle Altersstufen mit optimalen Bildungszielen, eine produktivitätsorientierte Lohn- und Einkommenspolitik der Gewerkschaften auf einer kollektivvertraglichen oder gesetzlichen Mindestlohnbasis, eine staatliche Jobgarantie als Beschäftigungspuffer zu Mindestlohnkonditionen für alle Arbeitskräfte in konjunktureller oder struktureller Transition auf den Arbeitsmärkten

und staatlich gesicherte Ersatzleistungen auf das Mindestlohn-niveau für Arbeitskräfte mit (wie auch immer verursachen) Leistungseinschränkungen. Mit diesem Spektrum an beschäftigungspolitischen Instrumenten kann den gegenwärtig 330.000 Arbeitslosen und der hohen Anzahl von unfreiwillig Unterbeschäftigten – laut aktuellem Wohlfahrtsbericht der AK-Wien erreicht die Unterbeschäftigungsquote (Arbeitslosigkeit und Minderbeschäftigung) in Österreich im Hochkonjunkturjahr 2018 ein Ausmaß von 14,6% – zur einkommens-gesicherten Vollbeschäftigung verholphen werden.

FINANZIERUNGSMASSNAHMEN

Natürlich ist ein sozialdemokratisch angeleitetes Vollbeschäftigungsprojekt so wie alle anderen Vorhaben im ambitionierten Sortiment der medianen Wirtschafts- und Sozialpolitik mit der essenziellen Finanzierungsfrage verbunden, die unmittelbar zu den Herausforderungen der sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Verteilungspolitik führen. Eine der rattenfängerischen Illusionen der bürgerlichen Herrschaftsideologie ist die zeitgenössische Variante des Francois Guizot zugeschriebenen Aufrufs: „Enrichissez-vous!“ (Bereichert euch!) in der Gestalt der „Trickle-Down-Theorie“ des Neoliberalismus, wonach nur der Weg freigemacht werden müsse für die wirtschaftliche Bereicherung der obersten Bevölkerungsschichten, dann werden genügend Wohltaten „herunterrieseln“ auf die Mittelschichten und die untere Bevölkerungshälfte. Und die Reichtumsflut werde „alle Boote heben“. Bekanntlich ist unter dem wirtschafts- und sozialpolitischen Regime des Neoliberalismus das genaue Gegenteil der Fall. Während Wohlstand und Reichtum nach oben teilweise in extremis wachsen, fallen die kleinen Boote nach unten ins Trockene, die medianen Mittelschichten verschmälern sich und die „unteren Mittelschichten“ deprivieren in die sozialen Abstiegszonen von Armut und Armutsgefährdung. (Der restriktive „Brüsseler Konsens“ der EWU hat es zustande gebracht, im Krisenfall Griechenland das europäische „Meisterstück“ des autoritär-repressiven Neoliberalismus zu liefern.) Ein latenter Krisenkapitalismus (gegenwärtig in den Ausprägungen des Finanzkapitalismus) ist die Folge, der regelmäßig vor sich selbst gerettet werden muss und laufend wirtschaftliche Prosperitätschancen aufs Spiel setzt oder vergibt, nur um die Herrschaftsinteressen der Oberschichten zu bedienen.

Die mediane Wirtschafts- und Sozialpolitik verknüpft daher die Finanzierung ihrer Leitprojekte mit der Verteilungsfrage,

wodurch die wohlstands- und reichungsgewohnten Oberschichten zu Finanzierungsbeiträgen verpflichtet und damit wiederum ein Stück weit (auch sozial-ökonomisch) in die „Mitte der Gesellschaft“ geholt werden. Und dem souveränen und demokratisch verfassten Staat stehen in der institutionellen Gestalt von „Geldmonopol“ und „Steuerhoheit“ auch die Mittel zur Verfügung, um der Allokation der volkswirtschaftlichen Ressourcen eine sozial- und wohlfahrtsstaatliche Richtung auf der Basis von Vollbeschäftigung und Preisstabilität zu verleihen. Der von der Krise des Finanzkapitalismus befeuerte Diskurs der monetären Makroökonomik bietet ein ergiebiges intellektuelles Terrain, um die Notwendigkeit des sozialdemokratisch inspirierten Wohlfahrtsstaats („Gemeinwohlstaats“) für einen prosperierenden und demokratisch eingegegneten Kapitalismus zu begründen. Die Sozialdemokratie und ihre Bildungseinrichtungen müssen sich nur diesem Diskurs in der guten Tradition der ArbeiterInnenbildungs- und -kulturbewegung anverwandeln, um an der Entwicklung einer neuen Hegemonie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik teilzuhaben.

DIE SOZIALDEMOKRATIE WAR IMMER EIN RICHTUNGSSTREIT...

Die alarmistischen Sensationsmedien aller Art sagen der Sozialdemokratie ja nach, dass sie im politischen Richtungsstreit zerfallen sei. Wahr daran ist, dass der sozialdemokratische Richtungsstreit so alt ist wie die Sozialdemokratie selbst. Nicht von ungefähr ist der Gründungsparteitag der österreichischen Sozialdemokratie als „Einigungsparteitag“ in die Geschichte eingegangen. Weil es Victor Adler und seinen MitstreiterInnen in Hainfeld 1888/89 gelungen ist, die kontroversen Strömungen der österreichischen ArbeiterInnenbewegung auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms mit politisch zugkräftigen Leitprojekten (wie dem Kampf um den Achtstundentag oder um das allgemeine Wahlrecht als Kernelement der politischen Demokratie) zusammenzuführen. Wenn daher die allenthalben erhobene Forderung nach einem „neuen Hainfeld“ einen tieferen (und nicht nur symbolischen) Sinn erhalten soll, dann wohl nur darin, dass der produktive Richtungsstreit in der Sozialdemokratie wiederbelebt wird, um die tragfähigen und zielführenden Projekte für eine mediane Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwickeln und sodann gemeinsam zu vertreten. Oder beispielhaft ausgedrückt: es lohnt sich zu streiten darüber, ob der durch die Digitalisierung drohenden strukturellen Arbeitslosigkeit

durch staatliche Infrastrukturinvestitionen oder durch Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich oder durch eine Jobgarantie mit Arbeitsbeschaffungs- und Ausbildungsinhalten oder durch ein bedingungsloses Grundeinkommen oder durch eine Kombination aus den erwähnten Möglichkeiten mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung begegnet werden soll.

Vision von einem guten Leben in der Mitte der Gesellschaft mit dem wirtschafts- und sozialpolitisch einlösbaren Versprechen, die untere Bevölkerungshälfte in diese Mitte zu holen und dafür den Beitrag der obersten Einkommens- und Vermögensschichten zu mobilisieren. Diese solidarische Botschaft sollte doch vermittelbar sein. 

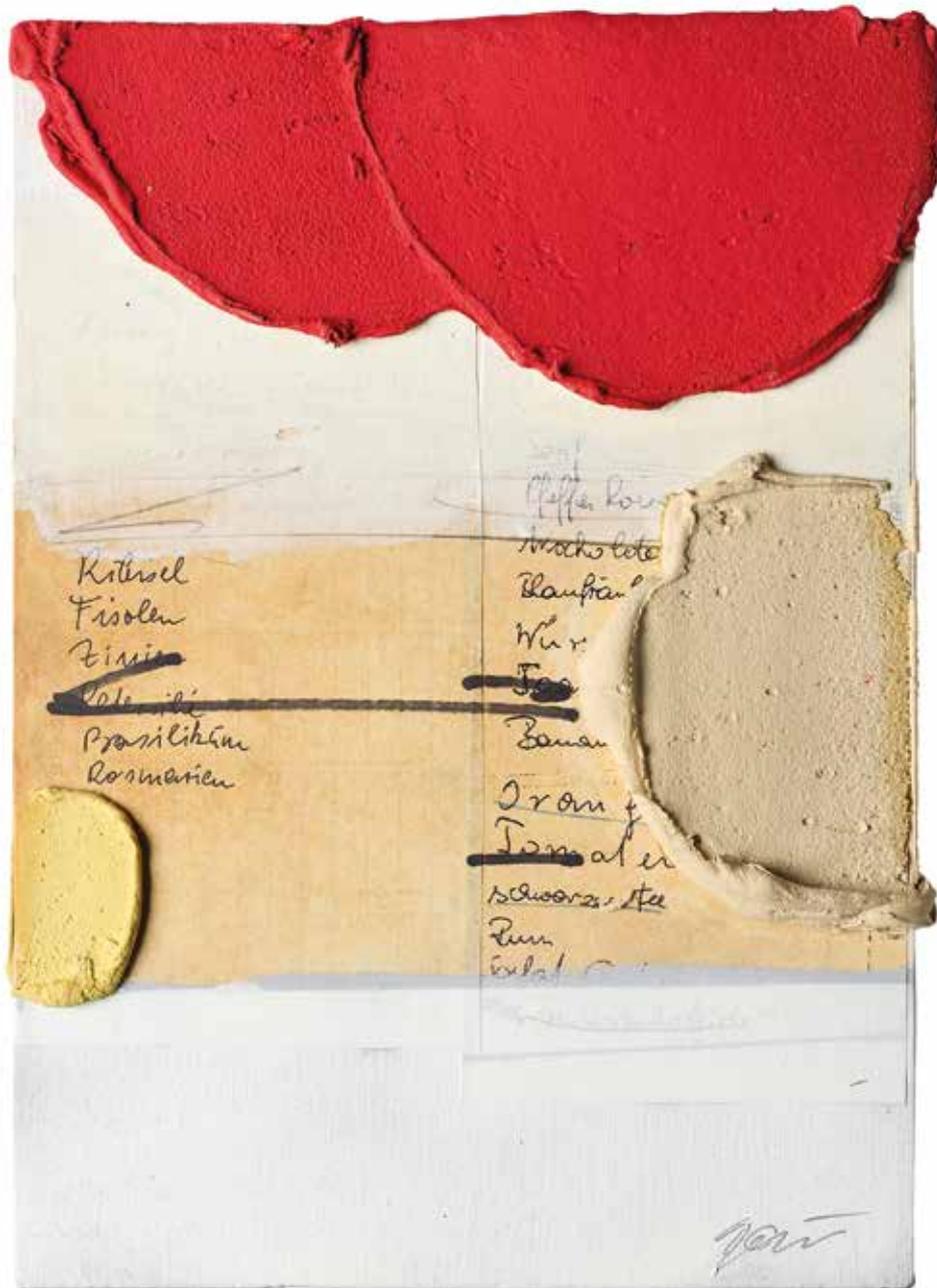
...ABER NICHT ÜBER DIE FALSCHEN FRAGEN

Aber die Sozialdemokratie führt diesen Orientierung vermittelnden Richtungsstreit gar nicht oder nur sehr verhalten. Dagegen verstrickt sie sich in einen „Richtungsstreit“, der keiner ist. Nämlich ob der SPÖ in der Asyl-, Migrations- und Integrationsfrage rechtspopulistische Mittel der Politik zur Verfügung stehen. Ob sie nicht ein wenig Anleihe nehmen könnte beim FPÖVP-Rechtspopulismus, der immerhin mit Fremden- und Islamfeindlichkeit die niedrige Skala der Ausgrenzungsinstinkte erfolgreich bedient. Und womit die mehrheitliche Kurz-Strache-Koalition das politische Geschäft des Neoliberalismus durch eine dünnkelhafte Diskriminierungspolitik und die soziale Spaltung der Gesellschaft nach unten ziemlich ungestört betreiben konnte. Diese Mittel stehen aber einer Sozialdemokratie, die sozialdemokratisch handeln möchte, nicht zur Verfügung, ein „Richtungsstreit“ darüber ist rein destruktiv. Die Sozialdemokratie muss daher in der Migrationsfrage nicht „ein wenig nach rechts“ oder aus dem Fokus der „links-grünen Fundipolitik“ rücken, sondern sozialdemokratische Lösungen für die tatsächlichen (und nicht die hetzerisch hervorgerufenen) Probleme der Einwanderungsgesellschaften, die lange vor der „gescheiterten Globalisierung“ (Flassbeck/Steinhardt, 2018) entstanden sind, suchen und finden. Auch dafür eignet sich das Konzept der medianen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die mediane Wirtschafts- und Sozialpolitik eignet sich aber vor allem als Antithese zur „ordentlichen Mitte-rechts Politik“ des „talentierten Herrn Kurz“, die mit oder ohne Imagebelastung durch serielle FPÖ-„Einzelfälle“ und ihren rechtsextremen Affinitäten, die türkise Nachahmungsform des Rechtspopulismus und die neoliberale Spaltung der Gesellschaft nach unten vorantreibt. Denn eine in Unsicherheit, Abhängigkeit, Mangel und allenfalls auch in Not gehaltene Unterschicht, an der sich die vermeintlich „Gehobeneren“ ihr Mütchen kühlen können, entspricht ganz und gar der ideologischen Vorstellungswelt der bourgeoisen Ausbeutergerinnung. Dagegen hält die sozialdemokratische Bewegung die

WOLFGANG EDELMÜLLER

ist Ökonom und lebt in Wien und im Waldviertel.



Josef Bauer

"Serie mit Haupt- und Nebenbildern", 1980–2001

© Belvedere, Wien, Foto: Johannes Stoll.

Courtesy Josef Bauer; Krobath, Wien; Galerie Karin Guenther, Hamburg

Ein sozialdemokratischer Kapitalismus

Thomas Nowotny argumentiert, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik, nicht nur sozial und demokratiepolitisch, sondern v.a. auch wirtschaftlich schädlich sei. Er stellt dem gegenwärtigen Finanzkapitalismus die Idee eines „sozialdemokratischen Kapitalismus“ gegenüber, der neben verteilungspolitischen Instrumenten auch die Verfügungsgewalt über Unternehmen als Thema neu aufgreifen sollte.

Die einst christlich - soziale ÖVP wurde in einem Handstreich durch Sebastian Kurz vernichtet und durch seine „türkise“ Bewegung ersetzt. Legitimiert wurde dieser Putsch vor allem mit dem Versprechen, die Wirtschaft zu stärken und zu dynamisieren. Dieses Versprechen ist ein leeres. Denn tatsächlich kommt die Wirtschaft zu Schaden, wenn sie sich von einer türkis eingefärbten, neoliberalen Ideologie leiten lässt. Zwei dieser üblen Folgen sind besonders schwerwiegend:

- a) Finanzkapital kann nun vermehrt, unwiderrspochen und unbehindert Kaufkraft aus der „realen“ Wirtschaft absaugen und in unproduktive Finanzinstrumente umleiten. Das geht zu Lasten von Investitionen und zu Lasten von Masseneinkommen. So werden Werte vernichtet, statt neue geschaffen.
- b) In neoliberaler Sichtweise sollten die Armen, um produktiver zu sein, weniger verdienen; und die Reichen noch mehr. Diese Ansicht legitimiert, verfestigt, und verstärkt die ohnehin schon anwachsende Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen. Darunter leidet nicht nur der gesellschaftliche und politische Zusammenhalt. Darunter leidet auch die Wirtschaft.

Wie kann eine zukunftsorientierte, linke Partei dagegen ankämpfen? Zum Teil sicher mit den traditionellen Werkzeugen einer Umverteilung durch staatliche Sachleistungen

und Steuern – etwa durch Steuern auf Millionenvermögen und großen Erbschaften. Für Österreich fordert das nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch der Internationale Währungsfonds und die OECD, allesamt anerkannte und sicher nicht linksradikale Organisationen.

Bis vor 30 Jahren hätte man mit solchen traditionellen Werkzeugen der Umverteilung wohl auch die meisten der anstehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme meistern können. Aber inzwischen hat sich das wirtschaftliche und gesellschaftliche Umfeld so sehr verändert, dass man zur Schaffung einer gerechten und leistungsfähigen Wirtschaft auch zusätzliche, neue Werkzeuge einsetzen muss. Dem wirtschaftsschädigenden neoliberalen Finanzkapitalismus sollte daher das umfassende Leitbild eines sowohl humanen wie auch wirtschaftsfreundlichen „**sozialdemokratischen Kapitalismus**“ entgegengestellt werden.

UNTERSCHIEDLICHE AUSFORMUNGEN DES KAPITALISMUS

Was ist „Kapitalismus“? Es ist ein Wirtschaftssystem

- in dem neue Unternehmen spontan gegründet werden können;
- in dem sich der Erfolg dieser Unternehmen am Gewinn misst; und in dem Gewinn notwendig ist um aus ihnen die für das Fortbestehen eines Unternehmens notwendigen Investitionen zu tätigen;

- in dem den Unternehmen Arbeitskräfte und Kapital zur Verfügung stehen;
- in dem Unternehmen miteinander konkurrieren und wo sie dementsprechend durch erfolgreichere Konkurrenten auch aus der Wirtschaft vertrieben werden können;

Diesen Anforderungen entsprechen alle modernen, erfolgreichen Wirtschaftssysteme. In diesem Sinne sind alle modernen Wirtschaftssysteme „kapitalistisch“. Dieser Kapitalismus kommt aber in unterschiedlichen Ausformung. Er kommt in Form des chinesischen Staatskapitalismus; in Form des russischen oder ukrainischen oligarchischen Kapitalismus; in Form des skandinavischen Wohlfahrts-Kapitalismus; und nicht zuletzt auch in Form des einstigen österreichischen sozialpartnerschaftlichen Kapitalismus. Zunehmend vorherrschend wurde allerdings ein aus Großbritannien und den USA importierter „Finanzkapitalismus“.

„Kapitalismus“ ist also sehr elastisch. Er kann unterschiedlichen gesellschaftlichen/politischen Zielen dienstbar gemacht werden. In der „sozialpartnerschaftlichen“ Phase der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik setzte man auf ein beiden Seiten nützliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern; und auf ein konstruktives Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft. Vollbeschäftigung und höchstmögliche Investitionen zur Weiterentwicklung der Wirtschaft waren einander ergänzende Ziele. Eine umfassende Sozialpolitik bildete das notwendige Widerlager rascher wirtschaftlicher Veränderungen. Steuern und öffentliche Daseinsvorsorge hielten die Ungleichheit in Grenzen. Mit einer antizyklischen, „keynesianischen“ Budgetpolitik hoffte man dem Auf und Ab der Wirtschaftskonjunktur gegensteuern zu können.

Dieses weitgehend von der Sozialdemokratie mitbestimmte „österreichische Model“ war recht erfolgreich. Dieser Erfolg hatte die Sozialdemokratie aber auch zu einer gewissen Selbstzufriedenheit verleitet. Er hat sie übersehen lassen, dass sich die Bedingungen für diesen Erfolg inzwischen geändert hatten.

- a) die *Kluft in den „Markteinkommen“* (also der Einkommen vor Steuern und Transferleistungen) weitet sich nun so sehr, dass diese weitende Kluft nicht länger durch Steuern und staatliche Leistungen ausgeglichen werden kann. Es weitet sich damit die *Schere*

in den tatsächlich bezogenen Einkommen. Noch dramatischer weiten sich Unterschiede im Vermögen. In Österreich besitzen die unteren 50 Prozent der Bevölkerung fast nichts. Die oberen fünf Prozent besitzen aber weit mehr als 45 Prozent des gesamten österreichischen Vermögens¹.

- b) Die *Produktivität der Arbeit steigt schneller* als das Nationalprodukt. Mit weniger Arbeitskräften kann demnach mehr produziert werden. Dadurch sinkt die „Lohnquote“, das ist der Anteil der Arbeitnehmer an dem Erfolg der Wirtschaft (ZUKUNFT 06/2019). Den Anteil am Wirtschaftserlös, den die Arbeitnehmer nicht erhalten, den kassieren zunächst die Arbeitgeber.
- c) Die Arbeitgeber könnten diese höheren Gewinne verwenden, um Arbeitnehmern weit besser zu zahlen. Oder sie könnten diese Gewinne in den eigenen Unternehmen re-investieren. Weder Ersteres noch Letzteres erfolgt in größerem Umfang. Der abgeschöpfte Gewinn wird vielmehr überwiegend in (größtenteils ausländische) *Finanzprodukte* investiert und damit dem *Wirtschaftskreislauf entzogen*.

Die großen Unternehmen sind fast durchgehend als Aktiengesellschaften eingerichtet. In ihnen hat sich zunehmend das Prinzip der „*shareholder values*“ durchgesetzt. Die Unternehmen sollten dementsprechend vornehmlich, ja ausschließlich die Interessen der Aktienbesitzer bedienen². Diese Interessen sind kurzfristige. Aktienbesitzern orientieren sich selten am langfristigen Wohl des Unternehmens. Da Aktien meist nur kurze Zeit gehalten werden, geht es den Aktienbesitzern um die rasche Wertsteigerung ihrer Aktien, damit sie diese wieder gewinnbringend veräußern können. Die Unternehmensleitung folgt diesen Wünschen der Aktienbesitzer³, indem sie die Kurse der Aktien durch nur kurzfristig erzielbare höhere Gewinnausschüttungen in die Höhe treibt; oder auch durch Rückkäufe von Aktien. Dazu werden die Interessen der Unternehmensleitung mit den Interessen der Aktienbesitzer in Deckung gebracht. Auch die Vorstände sollen von kurzfristigen Kursgewinnen profitieren. Es werden ihnen daher „Aktioptionen“ eingeräumt. Sie dürfen so später noch wertvollere Aktien schon jetzt um einen günstigeren Kurs erwerben. All das geht Lasten der Zukunft der Unternehmen und damit *zu Lasten der „realen Wirtschaft“*.

- d) Die Sozialversicherungen finanzieren sich aus – teils vom Arbeitnehmer, teils vom Arbeitgeber zu zahlenden – Anteilen am Arbeitslohn. Da nun Löhne einer laufend geringeren Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung eines Landes haben⁴, mindert das die *Einnahmen der Sozialversicherungen*. In dieselbe Richtung wirken daneben auch strukturelle Veränderungen am Arbeitsmarkt. Seit etwa 50 Jahren steigt auch in Österreich die Arbeitslosigkeit langsam aber unerbittlich. Daneben mehrt sich die Zahl der nur geringfügig Beschäftigten, der „Schein – Selbstständigen“ und der Geringentlohnerten.

SPALTUNG DER GESELLSCHAFT

Der Ertrag des Wirtschaften wird also von einer kleiner werdenden Gruppe jener vereinnahmt, die durch den Besitz von Finanzkapital die Verfügungsgewalt über diesen Ertrag erlangt haben. Das spaltet die Gesellschaft. Das droht Demokratie in eine Herrschaft der Reichen – in eine Plutokratie – umzuformen; und das schadet nicht zuletzt auch der Wirtschaft, weil sie durch die Einengung ihrer Kreisläufe in ihrer Entfaltung gehemmt wird.

Entgegenwirken kann man dem vor allem dadurch, dass die Verfügungsgewalt über den Wirtschaftsertrag wieder breiter gestreut wird. Das ist keineswegs ein revolutionäres, mit hohem Risiko behaftetes Vorhaben. Zum Teil wurde es nämlich schon bisher in unterschiedlicher Form, aber zumeist erfolgreich umgesetzt. Das beweisen die nachstehenden Beispiele.

BEISPIELE FÜR EINE DEMOKRATISIERUNG WIRTSCHAFTLICHER VERFÜGUNGSMACHT

1. Die Privatisierung öffentlicher Versorgungsunternehmen hatte oft üble Folgen. Meist kam es zu Gebührenerhöhungen, die nicht durch zusätzliche, bessere Leistungen gerechtfertigt waren. In einigen Fällen wurden frühere Privatisierungen – etwa von Wasserversorgungsunternehmen – daher auch wieder rückgängig gemacht. Das war zum allgemeinen Vorteil. Es sollte überhaupt leichter möglich sein, diese einstigen Privatisierungen umzukehren. Weitere Privatisierungen sollten möglichst verhindert werden.
2. Es gibt Initiativen, um im Bereich der Aktiengesellschaften die Interessen des Unternehmens und der rea-

len Wirtschaft wieder den Interessen des Finanzkapitals voranzustellen. Dazu wurden in manchen Staaten die „*Aktioptionen*“ der Vorstände begrenzt und an Auflagen gebunden – etwa an die Auflage, dass eine Option nur realisiert werden kann, wenn der Wirtschaftserfolg einer Aktiengesellschaft nicht kurzfristig, sondern nachhaltig war.

3. Gesetzliche Vorkehrungen zum Schutz gegen „*feindliche Übernahmen*“ von Aktiengesellschaften, welche oft mit dem Konkurs der an die neuen Besitzer gelangten Gesellschaft enden, nachdem diese von den neuen Herren zerfleddert und mit Schulden belastet worden war.
4. Einschränkung des Hochfrequenzhandels an den Börsen. Regelung von „*Finanzderivaten*“ um diese fester an die reale Wirtschaft zu binden, etc.
5. Mitarbeiter als Minderheitsbeteiligte am Unternehmenskapital. Das ist keineswegs selten. Eine solche Mitarbeiterbeteiligung am Gesellschaftskapital gibt es in vielen reicheren Staaten. In den USA dürften schon mehr als 20 Prozent aller im Privatsektor Beschäftigten kapitalmäßig an ihrem Unternehmen beteiligt sein. In Österreich sind es sechs Prozent⁵. Bei der österreichischen VOEST halten Mitarbeiter im Wege über eine Stiftung 14 Prozent der Stimmrechte. Sie können diese erst nach ihrem Ausscheiden aus der VOEST veräußern. Der Einkommensgewinn, den sie aus den ihnen ausbezahlten Dividenden erzielen, ist im Vergleich zu ihrem normalen Lohn natürlich nicht übermäßig groß. Auch wäre es unsinnig, weil riskant, hätten sie den Großteil ihrer Ersparnisse in ihren VOEST Anteilen gebunkert. Andererseits sind sie mit ihrem 14 prozentigen Anteil und durch die Stiftung doch der zweitgrößte Aktienbesitzer. Sie bilden damit mit einem anderen Kernaktionär eine Sperrminorität, welche die VOEST gegen feindliche Übernahme schützt⁶. Der VOEST-eigenen Betriebskultur und dem Betriebsklima war die Mitarbeiterbeteiligung jedenfalls förderlich.
6. Weit darüber hinaus geht die völlige Übernahme eines Unternehmens durch die Arbeitnehmer. Das amerikanische ESOP-Programm (Employee Stock Ownership Program) fördert so durch Vorfinanzierung und

Steuervorteile die vollständige Übernahme von Einzel- und Familienbetrieben, wenn sich deren bisherige Eigentümer – etwa aus Altersgründen – zurückzieht. Zwei Drittel der ESOP-Förderungen dienen solchen Übernahmen. Wirtschaftlich sind sie erfolgreich. Einer Studie der US Rutgers University zufolge wachsen die Unternehmen nach einer Übernahme durch die ihre Arbeitnehmer im Schnitt um 2,3 Prozent schneller als vor dieser Übernahme. Unterschiedlich ist freilich die Art und Weise in der sich ein Eigentum am Unternehmen in Mitbestimmung an der Unternehmensführung umsetzt. Das drittgrößte britische Privatunternehmen, die „JOHN LEWIS PARTNERSHIP“ z.B. wurde schon 1929 zu einem Treuhandfonds („trust“) umgebildet, der das Unternehmen im Sinne der Mitarbeiter führt.

7. In Produktionsgenossenschaften können die Mitarbeiter aber auch selbst für die Führung ihrer Betriebe verantwortlich sein. Beispielhaft dafür ist die spanische Produktionsgenossenschaft MONDRAGON. Mit ihren mehr als 100 Unternehmen und 15 Technologiezentren ist Mondragon die weltgrößte Produktionsgenossenschaft und das siebengrößte spanische Unternehmen. Anders als in den oben beschriebenen, vom Finanzkapital beherrschten Aktiengesellschaften, werden in Mondragon die erwirtschafteten Erträge fast zur Gänze re-investiert. Arbeit hat Vorrang vor Kapital. Leitende Angestellte können höchstens das Fünffache des Arbeiter-Durchschnittslohns verdienen. Ein österreichisches Gegenstück ist die schon 1897 gegründete⁷ „STUBAIER WERKZEUG – INDUSTRIE- GENOSSENSCHAFT“, mit ihren 21 Betrieben und ihrem Technologiezentrum. Die Genossenschaft ist vor allem für das Marketing, den Vertrieb und die Logistik der in den Betrieben erzeugten Produkte verantwortlich.

ALTERNATIVEN SIND DENKBAR

Die Beispiele zeigen, dass auch große Unternehmen nicht zwangsweise als Aktiengesellschaften organisiert sein müssen und dass diese anders organisierten Unternehmen überdurchschnittlich erfolgreich sein können. Trotz dieses ihres Erfolges wird durch solche Projekte die alles überlagernde, die Wirtschaft schwächende und die Gesellschaft zersetzende Übermacht von Finanzkapital bestenfalls ein wenig angenagt; aber keineswegs gebrochen.

Der britische Labour-Führer Jeremy Corbyn und der US-Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders wollen daher weiter gehen. Ihre Vorschläge ähneln einander. ALLE Unternehmen sollen jährlich Aktien an einen Mitarbeiterfonds solange abgeben, bis der Fonds einen beachtlichen Minderheitenanteil der Aktien des jeweiligen Unternehmens besitzt. Renditen aus den bei den Fonds gehaltenen Aktien sollen – bis zu einem gewissen Höchstsatz – an die Arbeitnehmer ausbezahlt werden⁸. Der Rest der Erträge soll dem Staat zu Gute kommen, der damit soziale Zuwendungen, Ausgaben für Bildung oder Infrastrukturprojekte finanziert.

Unter den heutigen Bedingungen können die Pläne Corbyns und Sanders nicht umgesetzt werden. Das Finanzsystem ist ein weltweites. Es agiert weltweit und über Staatsgrenzen hinweg. Würden Aktiengesellschaften in einem Staat durch Gesetz GEZWUNGEN, Aktien unentgeltlich an Mitarbeiter abzugeben, dann würden sie diesen Staat meiden und ihre Firmensitze in einen anderen Staat verlegen. Das Corbyn/ Sanders-Projekt müsste also in allen Staaten der Welt akzeptiert und verwirklicht werden. Das ist nicht möglich.

Durchaus gangbar ist aber der umgekehrte Weg, auf dem sich der Staat als „wohlwollender Mitaktionär“ in Unternehmen einbringt. Mit der Umformung der ÖBIB in die nunmehrige ÖBAG – *Bundesbeteiligungsgesellschaft* wäre dafür auch schon der rechtliche Rahmen geschaffen. Die ÖBAG könnte sich demnach zum Schutz österreichischer Interessen an strategisch wichtigen österreichischen Unternehmen beteiligen. Dazu müssten ihr aber zusätzliches Geld verfügbar werden (aus den ihre zukommenden Dividenden alleine wird sie das dafür notwendige Kapital nicht aufbringen können.)

Auch sollte sich die die ÖBAG – allenfalls gemeinsam mit der Förderbank AWS – an zukunftssträchtigen neuen Unternehmen beteiligen. Man muss dieses wirtschaftspolitisch wichtige aber potentiell auch sehr einträgliche Geschäftsfeld nicht notwendigerweise ausländischen Risikokapital-Gesellschaften überlassen.

Die ÖBAG könnte so mit der Zeit zu einem mächtigen „Staatlichen Finanzierungs-Fonds“ („Sovereign Wealth Fund“) anwachsen, so wie jener, der den Aufschwung Singapurs zu einem der reichsten Staaten der Welt finanziert hat.

Das immer reichlich verfügbare Finanzkapital sucht zweifelt nach gewinnbringender Veranlagung. Es fließt ver-

mehrt in den Erwerb von Bauland und Realitäten. Hauptsächlich das ist der Grund für die rasant steigende Preise für Wohnraum. Wirtschaftlich ist das nicht bloß sinnlos, sondern schädlich; und das ist übrigens eine Entwicklung, welche auch die Gesellschaften zersetzt und zu explosiven Gegensätzen führt. Die Gebietskörperschaften können nur dann dagegen halten, wenn sie selbst aggressiv Baugrundstücke erwerben. Die Besteuerung von Spekulationsgewinn mit Baugrundstücken sollte ihnen die dafür notwendigen Mittel bereitstellen. Als „Bau – und Grundstück- Kapitalisten“ würden Gebietskörperschaften sicher mehr zum allgemeinen Wohl beitragen als das an Realbesitz interessierte Finanzkapital.

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KAPITALISMUS

Der Kapitalismus lässt sich nicht abschaffen. Es existiert kein ebenso wirksames alternatives Wirtschaftssystem. Aber der Kapitalismus kommt eben in sehr unterschiedlichen Ausformungen. Zuletzt hat sich auch in Europa eine Form des Kapitalismus durchgesetzt, die von den Interessen des Geldkapitals bestimmt ist. Diese Form des Kapitalismus zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unterhöhlt die Demokratie. Sie schadet auch der Wirtschaft.

Alternativen zu dieser Form des „Finanzkapitalismus“ sind nicht nur möglich, sondern notwendig. Am vielversprechendsten ist dabei die Alternative eines **„sozialdemokratischen Kapitalismus“**, bei der Kapitalbesitz und wirtschaftliche Teilnahme breit gestreut sind. Der Weg hin zur einem solche sozialdemokratischen Kapitalismus wird nicht von einem Tag zum anderen revolutionär freigeschlagen. Das neue System wird allmählich aus dem Zusammenfluss von sehr unterschiedlichen, teils wirtschaftlichen, teil politischen, teils gesellschaftlichen Initiativen entstehen. Es gibt schon jetzt vielversprechende Projekte die diesen Weg bestätigen. Die Sozialdemokratie sollte sie bündeln und sollte ihnen voranhelfen. 

THOMAS NOWOTNY

ist Jurist und war jahrzehntelang im diplomatischen Dienst der Republik Österreich tätig. Von 1970-1975 war er Sekretär im Kabinett von Bundeskanzler Bruno Kreisky, 1983-1993 Leiter der Grundsatzabteilung des Außenministeriums, danach bei der OECD in Paris und in vielen anderen Funktionen tätig. Im „Ruhestand“ lehrt er „Internationale Beziehungen“ an der Universität Wien.

1. Studie der OeNB vom 28. Oktober 2018
2. Was im Übrigen nicht dem österreichischen Aktien-Gesellschaftsrecht entspricht. Dieses verlangt nämlich dass neben den Interessen der Aktienbesitzer gleichberechtigt auch die Interessen der Arbeitnehmer und die Interessen der umliegenden Region berücksichtigt werden. § 70 Abs 1 des österreichischen Aktiengesetzes: „Der Vorstand hat unter eigener Verantwortung die Gesellschaft so zu leiten, wie das Wohl des Unternehmens unter Berücksichtigung der Interessen der Aktionäre und der Arbeitnehmer sowie des öffentlichen Interesses es erfordert“.
3. Siehe dazu AK Wien vom 28. April 2019
4. Die Entwicklung wird in Österreich – in historischer Perspektive wohl vorrübergehend – dadurch kompensiert, dass sich die Zahl der Beschäftigten (vor allem durch Einwanderung aus den neuen EU Mitgliedsstaaten) stark erhöht hat; und zusätzlich dadurch, dass die „Beschäftigungsquote“ durch die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen angestiegen ist. .
5. Das österreichische Einkommenssteuergesetz bietet eine – allerdings nur geringfügige – Förderung des Aktienerwerbs durch Mitarbeiter. Der Vorteil die sich aus dem kostenlosen oder verbilligten Erwerb einer Mitarbeiter – Aktie ergibt, bleibt bis zu einem Betrag von 3.000 € unbesteuert. Diese österreichische Förderung ist weniger weitgehend als zB die US Förderung im Rahmen des ESOP Programms.
6. Eine Vollübernahme der VOEST durch den kanadische MAGNA Konzern wurde vom damaligen BZÖ / ÖVP Finanzminister Grasser (als „Minerva Projekt) geheim verhandelt und nur im letzten Augenblick durch politischen Widerstand – vor allem des Landes Oberösterreich – verhindert. Heute bietet der 14 prozentige Anteil ihrer Mitarbeiter am Kapital der VOEST Schutz vor solcher „feindlicher Übernahme“.
7. Die Tradition der Werkzeugherzeugung, und deren genossenschaftliche Organisation, reicht im Tiroler Stubaital allerdings zurück bis ins 15. Jahrhundert.
8. Recht einleuchtend die Argumentation: warum sollen nur den Vorständen von Aktiengesellschaften Optionen auf Aktienbesitz eingeräumt werden; und nicht auch allen Mitarbeitern?

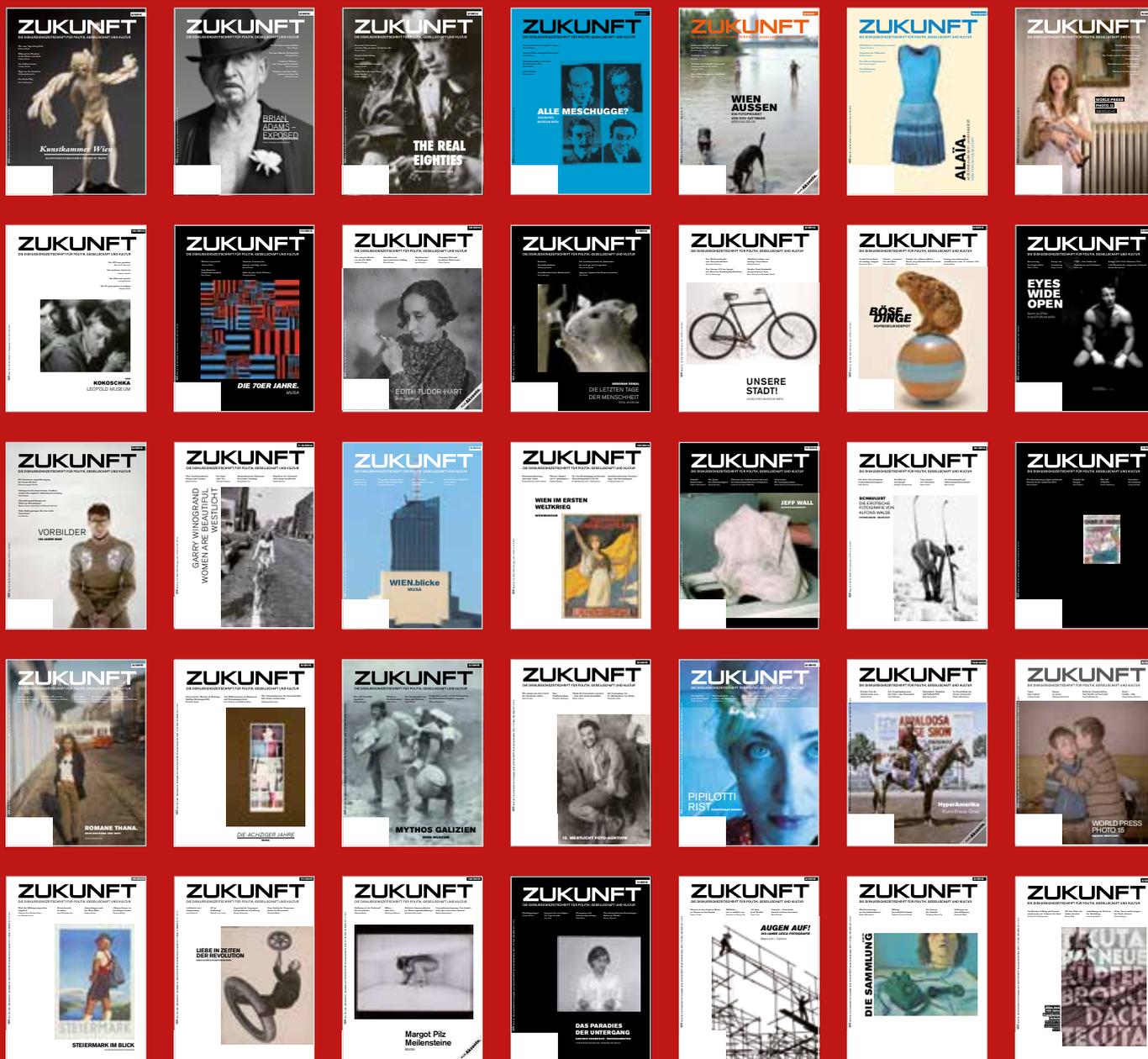


Josef Bauer

"Taktile Poesie, Handalphabet", 1969

Fotograf unbekannt

Courtesy Josef Bauer; Krobath, Wien; Galerie Karin Guenther, Hamburg



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____